

Medienecho nach der Konferenz

Inhalt

Junge Welt, 21.3.2005

Leserbriefe zu jW vom 14. März: »Widerstand ist legitim«

Berliner Anstoß - Monatszeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Berlin, April 2005

Internationale Irak-Konferenz: Recht auf Widerstand verteidigt

Junge Welt, Wochenendbeilage, Interview, 19.03.2005

»US-Abzug ist die einzige Lösung« - Gespräch mit Scheich Hadi Al Khalisi

arbeiterMacht, www.arbeitermacht.de, Infomail 203, 18. März 2005

Berliner Irak-Konferenz. Erfolg trotz Provokation

Junge Welt, Thema, 16.03.2005

Befreiungskampf oder Terrorismus? (Vortrag von Völkerrechtsexperte Prof. Dr. Gregor Schirmer auf der Konferenz)

Jungle World, 16.3.2005

Zoff mit Antiimps

Linksruck-Ausgabe Nr. 195, 16. März 2005

Irak-Konferenz in Berlin: „Die US-Armee muss abziehen“

Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak, 15. März 2005

Recht auf Widerstand verteidigt

Junge Welt., 15.03.2005

Räume nicht gekündigt

taz Berlin lokal Nr. 7615 vom 15.3.2005, Seite 24, 124 Zeilen (TAZ-Bericht)

Der Kampf um den Frieden

Rote Fahne news, 15.03.05

Kein Raum für Solidarität mit dem Kampf um die Befreiung des irakischen Volkes?

Junge Welt, 14.03.2005

Widerstand ist legitim

Junge Welt, Interview, 14.03.2005

Am Widerstand gegen die US-Truppen sind alle Bevölkerungsgruppen beteiligt. Ein Gespräch mit Awni Al-Kalemji

Junge Welt, 14.03.2005

Irak-Konferenz und knallharte Recherchen

Brief an die Junge Welt, 14.3.2005

Liebe Menschen von der jungen Welt,

rbi - aktuell.de, Unabhängige Online-Zeitung, 14.3.2005

„Widerstand ist legitim“ - Internationale Irak-Konferenz konnte stattfinden

Berliner Morgenpost 14.3.2005

Körperverletzung auf Irak-Konferenz - Polizei ermittelt

Berliner Zeitung, 14. März, Lokalteil

Handfester Streit um Irak-Krieg

Telepolis magazin, 13.03.2005

Kriegsgegner und ihr Verhältnis zum Terrorismus und bewaffneten Widerstand

AFP and Turkish Press, Published: 12.3.2005

Heated exchanges as German, other critics demand US quit Iraq

Cyril Julien, 12.3.2005

A Berlin, foire d'empoigne autour de "l'occupation américaine en Irak"

Junge Welt, 21.3.2005

Leserbriefe zu jW vom 14. März: »Widerstand ist legitim«

<http://www.jungewelt.de/2005/03-21/031.php>

Heuchelei

(...) Es paßt zur hiesigen Heuchelei, wenn der Senat in Berlin eine Konferenz hintertreibt, auf der Angehörige der irakischen Nation ihr unveräußerliches Recht auf den bewaffneten Widerstand gegen ein terroristisches Besatzungssystem vertreten. Und weil er sich wahrscheinlich seiner Heuchelei bewußt war, hat Innensenator Körting zwar öffentlich bekundet, nichts gegen die Konferenz einzuwenden, aber ihr Zustandekommen hinterrücks sabotiert.

Der Berliner Senat war zu feige, um ein offenes Verbot gegen eine Konferenz zu verhängen mit der Begründung, daß einige Teilnehmer verbal das legitime Recht auf bewaffneten Widerstand gegen eine andauernde gewaltsame Besetzung ihres Landes postulieren und Schnüffler andere Teilnehmer als antizionistisch denunziert haben. Also ließ er die gesamtdeutsche Stasi von der Leine. Wo eine solche Obrigkeit die demokratische Kultur prägt, kann verständlicherweise keine Parallelgesellschaft geduldet werden, erst recht keine, in der sich türkische Bürger die Freiheit herausnehmen, das Versammlungsrecht in Berlin zu verteidigen.

Die bundesdeutschen Eliten pflegen, was sie aus der deutschen Vergangenheit gelernt haben – das Management des symbolischen Widerstands und der symbolischen Schuld, den Betrieb der Erinnerungskultur. Sie haben es verstanden, sich selbst auf die Seite der Sieger im antifaschistischen Krieg zu schlagen und an deren Feiern teilzunehmen. (...) Die Erben des Dritten Reiches haben einen Wahn erfunden und an die Stelle der Rationalität des faschistischen Systems gesetzt. Sie machen die Vorurteile der Stammtische für den staatlich organisierten rassistischen Massenmord verantwortlich und verdrängen, daß er ein Mittel war, um einen Raubkrieg zu führen und zu verlängern. Ihr Antifaschismus und Antiantisemitismus verkommt zum Mittel der Disziplinierung und Einschüchterung.

Jost Kaschube, Berlin

Ziele erkennen

(...) Wie allgemein bekannt ist, hat sich die Friedensbewegung gegen Krieg und Irak-Politik der USA nach Kräften engagiert. Es wurden breite Bündnisse mit den verschiedenen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen gebildet, internationale Verbindungen intensiviert und Aktionen abgesprochen. Bei dieser Breite und Vielfalt wurde nicht immer ganz deutlich, was die Menschen der Friedensbewegung eint und sie von einer punktuellen Bewegung gegen den Irak-Krieg unterscheidet: nämlich das Prinzip der Gewaltfreiheit. Das ist für uns ganz bedeutend und grundlegend, und daher können wir der Position, daß nur »bewaffneter Kampf« zum Erfolg führt, keinesfalls zustimmen.

Wir sind der Überzeugung, daß die militärische Gewalt, von wem auch immer ausgeübt, nicht nur ein Verbrechen, sondern nach allen Erfahrungen auch ein politischer Fehler ist. Welche Art von Freiheit und Selbstbestimmung soll denn aus dem Befreiungskrieg entstehen? Werden sich nicht dabei solche Personen und Gruppen durchsetzen, die hierarchisch, militärisch und gewaltsam handeln und denken und die auch nach dem Sieg davon nicht lassen können? (...)

Wir können uns nicht vorstellen, daß das »gesamte irakische Volk« diese Art von Widerstand unterstützt und sich daran beteiligt. Wir glauben nicht, daß sich Frauen, Kinder, alte Leute und andere, die sich zufällig irgendwo aufhalten, gern in die Luft sprengen oder verstümmeln lassen, nur damit die US-Truppen früher abziehen als irgendwann vorgesehen. Betrachten die Freiheitskrieger und ihre Sympathisanten den Tod und die Verletzung von Unbeteiligten vielleicht als Kollateralschaden, der hinzunehmen ist, um die Besatzer zu vertreiben oder auch – worauf die antiimperialistischen Strategen gern hinweisen – um die Truppen zu binden, so daß sie andere Länder wie Syrien, Iran oder Venezuela zu Zeit nicht angreifen können? Dagegen verlangen wir von uns selbst und von unseren Bündnispartnern, daß sowohl in den Kämpfen nach außen als auch in den inneren Strukturen der Bewegung jederzeit zu erkennen sein muß, welches Ziel wir erreichen wollen. Da sollten keine Widersprüche geduldet werden. Es darf nicht sein, daß der gute Zweck die schlechten Mittel heiligt. Im schlimmsten Fall müssen wir uns auch mit einer Kapitulation abfinden, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden und eine Eskalation der Gewalt zum Äußersten, zur Vernichtung, zu verhindern. Das wäre durchaus nicht das Ende aller Hoffnungen. Vielmehr könnte ein politischer Kampf für die Befreiung erst beginnen, wenn man den Glauben an den durchschlagenden Erfolg des Einsatzes von Waffen und Sprengladungen abgestreift hat. Dann könnte eine Befreiungsbewegung aufgebaut werden, die sich der internationalen Solidarität bis hin zu geeigneten Partnern in den USA versichert und die eine glaubwürdige Perspektive für ein freies Land anbietet.

Jörg Schulz-Trieglaff, Hannover

Berliner Anstoß - Monatszeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Berlin, April 2005

Internationale Irak-Konferenz: Recht auf Widerstand verteidigt

(...)

Der Vorstand der Bezirksorganisation Berlin der DKP hatte auf der Grundlage eines einstimmig gefassten Beschlusses die Konferenz aktiv unterstützt. Die Unterstützung war Ergebnis eines zum Jahresbeginn abgeschlossenen Diskussionsprozesses in Form eines Positionspapiers mit dem auch ein Beitrag für die innerparteiliche Diskussion in der DKP geleistet werden sollte. Die Konferenz könnte sich als nützlich dafür erweisen, die im Beschluß des 17. Parteitags der DKP „Für freie Selbstbestimmung des Irak“ genannte Aufgabe, „Offene Fragen, so die Beteiligung an der Marionettenregierung Allawi“ solidarisch zu diskutieren.

KLEINE KONFERENZ-CHRONOLOGIE

Klaus von Raussendorff in einem Referat auf der Freidenkerkonferenz am 19. 02. 2005 in Berlin:

„Die patriotischen Kräfte des Irak beschleunigten mit ihrem zivilen und militärischen Widerstand sowohl die Erosion des NATO-Bündnisses als auch die gegenläufige Tendenz der reaktionärsten Kräfte aller Länder, sich einer vereinigten Strategie unter Führung des Zentrums des Weltimperialismus [...] anzuschließen. [...] Der irakische bewaffnete Widerstand besteht angeblich aus „Saddam-Anhängern“, „islamischen Fanatikern“ und „ausländischen Terroristen“. Dass auch Teile der Antikriegsbewegung in diese Falle gegangen sind und dem irakischen Widerstand die Anerkennung als fortschrittlichen Faktor der Weltpolitik verweigert haben, ist bedauerlich, ...“ (junge Welt, 8. 3. 2005, S. 10)

Peter Strutynski in einer Erwiderung auf die Ausführungen Raussendorffs:

„Bei verschiedenen Anlässen hat die Friedensbewegung ihre Kritik an der fortgesetzten Besatzung sowie an den sich häufenden Kriegsverbrechen (von Folter bis zu unterschiedslosen Bombardierungen von Wohnbezirken, z.B. in Falludscha) deutlich gemacht. Dies war zuletzt auch der Tenor bei den Protesten gegen den Bush-Besuch in Mainz. Eines wird man der Friedensbewegung aber nicht verbieten können: So sehr sie in ihrem Engagement gegen Krieg und Besatzung die von den Aggressoren begangenen Verletzungen des Völkerrechts und des humanitären Kriegsvölkerrechts (Genfer Konvention) anprangert, so wenig darf sie die Augen vor ähnlichen Verbrechen der anderen Seite verschließen. [...] (junge Welt, 12./13. 3. 2005, S. 13)

Am 9. 3. 2005 erhalten die Organisatoren der Konferenz eine Mitteilung zum vertraglich vereinbarten Veranstaltungsort, dem Henrik-Kramer-Haus:

[...] „In diesen Stunden ist ein Kurier mit einem Brief an Sie unterwegs, der die Kündigung unseres Vertrages zum Inhalt hat. Heute ist in der Gemeinde und im Kirchenkreis beschlossen worden, Ihnen die Räume für die Veranstaltung nicht zur Verfügung zu stellen. [...]

Die Versuche, eine Ausweidlösung zu finden, haben bei der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW) Erfolg:

Am 10. 3. geht per Fax ein Vertrag über die Nutzung eines Seminarraumes am 12. 3. ein.

11. 3. 2005: „Aufruf zum Selbstmordattentat in der FHTW“

Unter dieser Betreffzeile erhält die FHTW eine Mitteilung von Herrn Clemens Heni, Politikwissenschaftler der FU Berlin:

[...] „Womöglich ist Ihnen nicht bekannt, dass Innensenator Körting und die Berliner Polizei mit ihren Erkenntnissen die evangelische Kirche, namentlich die Jerusalem-Gemeinde in der Lindenstraße, Berlin-Mitte zur Kündigung ihres Mietvertrages mit den Organisatoren dieser „Irakkonferenz“ animiert hat. Der Polizei liegen, wie auch dem Verfassungsschutz und politisch informierten Gruppen Erkenntnisse vor, dass eine der organisierenden und zu der Konferenz aufrufenden Organisationen, der Irakischen Patriotischen Allianz, zum militanten „Befreiungskampf“ gegen die USA und die Alliierten aufgerufen hat. [...] Ich hoffe nicht, dass Sie Leuten, die solche Massenmorde im Irak für gut heißen, in den Räumlichkeiten Ihrer Fachhochschule dulden werden.“

Noch am 11. 3. 2005 widerruft die FHTW ihre Zustimmung zum Vertrag über die Raumnutzung

Die Freunde vom türkischen „Verein gegen Rassismus und für Völkerverständigung (IKAD)“ stellen ihre Räume in Berlin-Kreuzberg zur Verfügung

Am Konferenztag, Sonnabend 12. 3. 2005:

Vor dem Tagungsort und vor Konferenzbeginn haben sich mehrere Gruppen eingefunden. Eine relativ militant auftretende Gruppe „begrüßt“ eintreffende Konferenzteilnehmer mit dem Titel „Faschist“. Eine andere Gruppe verteilt eine „Erklärung über den sogenannten „Internationalen Kongress für den Irak in Berlin“, unterzeichnet von der Irakischen Kommunistischen Partei, dem Obersten Rat der Islamischen Revolution im Irak, der Sozialistischen Partei Kurdistans/Irak, der Kommunistischen Partei Kurdistans/Irak und dem Irakischen Demokratischen Forum und weiteren Organisationen. In der Erklärung heißt es u.a.:

„Nach den Erfolgen der irakischen Wahlen, die zu Beginn des laufenden Jahres unter großer Beteiligung von verschiedenen Volksgruppen und politischen Organisationen stattgefunden hat und bewiesen wurde, dass sich alle Iraker ein demokratisches, föderatives und vielfältiges System mit allen seinen Strukturen und demokratisch gewählten Institutionen, die zum Wiederaufbau des zukünftigen Iraks, der den Anschluss an die Weltgemeinschaft schafft will, um seinen Beitrag zum Weltfrieden und zur Stabilität in der Region leisten zu können, wünschen. Die irakische Gemeinde in Deutschland war überrascht und schockiert darüber, dass einige deutsche Organisationen mit Beteiligung von zwei arabischen Organisationen, drei irakischen Personen und einem türkischen Journalisten am 12. März 2005 in Berlin den sogenannten Internationalen Kongress für den Irak veranstalten wollen. Damit ignorieren sie und machen die Hoffnung von Millionen Irakern zunichte, die die Bildung einer nationalen Regierung mit breiter Basis und das friedliche Zusammenleben aller Volksgruppen im Irak anstreben. Diese sorgen dafür, dass der Irak den Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Zusammenarbeit mit der Völkergemeinschaft, Organisationen und staatlichen Stellen aufgibt. Der internationale Terrorismus hat nur ein Ziel vor Augen, nämlich die Region zu destabilisieren, unschuldige Menschen zu töten und Unruhe unter der Bevölkerung zu stiften. [...]Wir sind besorgt über die Unterstützung einiger deutschen Stellen für diese feindlich gesinnten Initiativen, die ohnehin gegen alle zivilen Gesellschaften der Welt, die sich den Wiederaufbau eines demokratischen Irak zur Aufgabe gemacht haben, gerichtet sind. Wir rufen diese Stellen dazu auf, die Ermutigung zu Terroranschlägen und Morden von Unschuldigen unter der Parole „Kampf den Besatzern“ zu unterbinden. Solche Organisationen, die gegen demokratische Strukturen des neuen Iraks vorgehen und zu denen auch Awni Qalamji* angehört, sind Anhänger des gestürzten Diktators Saddam Hussein, der zum Terror und Mord gegen die neue irakische Gesellschaft aufgerufen hat.[...]“

*Anm. der Redaktion: Awni Qalamji (Kalemji) flüchtete 1989 vor dem Regime Saddam Husseins nach Europa. 1992 gründete er zusammen mit vielen anderen Kräften die Irakische Patriotische Allianz, deren Sprecher er ist.

Der Verein „Freunde des Hendrik-Kraemer-Hauses“ (der selbst nur ein Gastrecht für die Nutzung von Wohn- und Arbeitsräumen hat) erklärt in einer Stellungnahme zur Kündigung der Räume durch die Kirchenbehörden sein Unverständnis zu dieser Aktion.

Junge Welt, Wochenendbeilage, Interview, 19.03.2005

»US-Abzug ist die einzige Lösung« - Gespräch mit Scheich Hadi Al Khalisi

<http://www.jungewelt.de/2005/03-19/031.php>

Rüdiger Göbel

Gespräch mit Scheich Hadi Al Khalisi. Über den Handlungsspielraum einer irakischen Regierung unter amerikanischer Okkupation, zivilen Ungehorsam und bewaffneten Kampf

* Scheich Hadi Al Khalisi lebt in Bagdad und gehört zu den Gründern der politischen Plattform »Irakischer Nationaler Gründungskongreß« (INFC). Er nahm am 12. März an der Internationalen Irak-Konferenz »Besatzung, Widerstand, internationale Solidarität« in Berlin teil (www.irakkonferenz.de).

F: Der amerikanisch-afghanische Ölmanager und Strippenzieher Zalmay Khalilzad, derzeit US-Botschafter in Afghanistan, soll auf den Posten von John Negroponte folgen und nächster Botschafter im Irak werden. Welche Ratschläge können Sie Bushs erstem Mann in Bagdad geben, die Probleme im Zweistromland zu lösen?

Nun, wird Zalmay Khalilzad als Botschafter der Afghanen in den Irak kommen, oder als Botschafter der Amerikaner? Als Botschafter der Afghanen wäre er willkommen. Als Botschafter Bushs kann ich ihm nur empfehlen, seinem Präsidenten zügig mitzuteilen, daß seine Okkupation ein krimineller Akt gegen die Bevölkerung ist und daher umgehend beendet werden muß. Die US-Truppen und alle, die mit ihnen in den Irak gekommen sind, müssen abziehen. Das ist die Voraussetzung für Stabilität und Sicherheit. Der Abzug ist die einzige Lösung für den Irak.

F: Nicht wenige sind der Meinung, gerade im Fall eines Abzugs der US-Truppen brechen Chaos und Bürgerkrieg aus.

Das ist doch von den Besatzern verbreitete Propaganda. Vor der US-Aggression und der Besatzung gab es Stabilität im Irak. Die Besatzung als solche sorgt für das Chaos und führt zu Auflehnung und Widerstand. In denjenigen Städten und Regionen im Irak, in denen die Iraker die Oberhand haben, gibt es keine Probleme. Nehmen Sie Khadimije nördlich von Bagdad. Als die Amerikaner als Besatzer einrückten, regte sich Widerstand, es kam zu Kämpfen und Toten. Erst als die US-Truppen die Stadt wieder verlassen hatten, herrschte Ruhe und Ordnung.

Im Prinzip wollen die Amerikaner Blutvergießen und Chaos. Ihnen liegt weder an Stabilität noch an Sicherheit. Die Unordnung kommt nicht zuletzt Israel entgegen. Chaos und Instabilität im Irak bedeuten aus israelischer Perspektive Stabilität und Sicherheit für Israel. Zu dieser Sicherheitsdoktrin gehört auch, den Zentralismus in den verschiedenen arabischen Ländern zu schwächen. Je stärker ein Land wie der Irak föderalisiert wird, desto besser. Was hat ein kleines Bundesland schon zu melden?

F: Folgt man der hiesigen Berichterstattung, dann gibt es im Irak Kurden und Schiiten, die an den Wahlen Ende Januar teilgenommen, sowie Sunniten, die das Spektakel boykottiert haben; hinzu kommen Christen, Turkmenen und andere kleinere Minderheiten, die immer mehr terrorisiert werden – gibt es im Irak noch Iraker?

Genau darum geht es doch: Der Irak soll als Einheit von der Landkarte verschwinden, und dafür muß er aus dem Bewußtsein der Menschen gelöscht werden. 98 Prozent der irakischen Bevölkerung sind Muslime. Auch die Kurden sind Muslime. Alle zusammen sind wir Iraker.

F: Nach Angaben der Besatzer haben gut 50 Prozent der wahlberechtigten Iraker an den Wahlen vom 30. Januar teilgenommen. Mit der Abstimmung für das Nationalparlament sei eine neue Ära der Demokratie angebrochen, heißt es. Welche Handlungsmöglichkeiten haben das Parlament und die neue irakische Regierung unter US-Besatzung?

Zu sagen hat eine solche Regierung nichts. Mit den Wahlen sollten Institutionen legitimiert werden, die von den Amerikanern gegründet wurden. Als die US-Armee vor zwei Jahren in den Irak einmarschierte, wurde von Paul Bremer ein »Provisorischer Rat« mit 25 handverlesenen Mitgliedern ins Leben gerufen. Von denen durfte dann jeder zwei, drei Freunde vorschlagen, die als »Provisorische Regierung« fungierten. Von dieser wurden nichtöffentliche Listen aufgestellt für die Wahl am 30. Januar. Jetzt ist die Clique auf 275 Personen angewachsen. Genauso ist es mit Hamid Karsai in Afghanistan abgelaufen. Was hat das mit Demokratie zu tun?

George W. Bush hatte darauf bestanden, daß die Wahlen im Irak am 30. Januar stattfinden. Um jeden Preis. Es ging einzig darum, die ganze Geschichte in den USA gut zu verkaufen. Der US-Präsident hatte zuvor offen gesagt, wir werden all diejenigen unterstützen, die uns unterstützen. Das ist eine Beleidigung und Verachtung der Bevölkerung.

Und das ist noch nicht alles: Im Fall des Libanon hatte Bush kürzlich erklärt, es könne keine freie Wahl geben, solange das Land von syrischen Truppen besetzt sei. Im Irak müssen die Besatzer für eine freie Wahl bleiben, und in Libanon sollen die Besatzungstruppen raus? Im Weißen Haus herrscht eine eigenartige Logik.

F: Nach US-Angaben hatten 42 Prozent der wahlberechtigten Iraker nicht abgestimmt. Werten Sie dies als Erfolg für die Boykottbewegung?

Zufrieden sein kann man mit diesem Ergebnis natürlich nicht. Doch das Zerrbild, das in den westlichen Medien gezeichnet wurde, muß korrigiert werden: Es ist nicht wahr, daß die Schiiten alle gewählt und die Sunniten alle boykottiert haben. Viele Sunniten hatten an der Wahl teilgenommen, und umgekehrt hatten Schiiten auch zum Boykott aufgerufen. Es gibt keine klare Trennung zwischen Religionen oder Nationalitäten. Wenn, dann verläuft eine Grenze zwischen denen, die den Irak als ihr Land und ihre Heimat sehen, und den Besatzern.

F: Heißt das, alle, die gewählt haben, sind Kollaborateure?

Die meisten Wähler wissen nicht, was sich wirklich abspielt. Es gab keine Wahlprogramme und keinen Wahlkampf. Interessierte konnten sich mit den Kandidaten nicht auseinandersetzen. Nicht eine Wahlversammlung fand statt. Statt dessen gab es TV-Spots für Wahllisten.

Viele Iraker folgten islamischen Gelehrten, allen voran Al Sistani, der zur Teilnahme an der Wahl aufgerufen hatte. Nur deswegen haben sie an dem Spektakel teilgenommen. Hätte jeder, der jetzt zur Nationalversammlung gewählt wurde, für sich alleine als Kandidat antreten müssen, wäre die Zusammensetzung wohl eine andere.

F: Kommen wir zum Kernproblem: Wie kann die Besatzung beendet werden?

Letztlich muß die irakische Bevölkerung ein Zeichen setzen, daß die Besatzer unerwünscht sind. Paul Bremer hatte bei seinem Amtsantritt erklärt: »Wir wollen nicht hierbleiben, wenn uns die Bevölkerung nicht akzeptiert.« Das Nein zur Besatzung kann unterschiedlich zur Geltung gebracht werden. Jede Ablehnung seitens der Bevölkerung ist legitim, auch mit Waffengewalt.

Im Unterschied zum Irak sind die syrischen Truppen auf Bitten der libanesischen Regierung einmarschiert. Es gibt Verträge zwischen der libanesischen und syrischen Regierung über die ausländische Präsenz. Im Fall des Irak handelt es sich um eine Aggression. Die Besetzung ist illegal.

F: Halten Sie die Entführung ausländischer Journalisten für ein legitimes oder hilfreiches Mittel im Kampf gegen die Besatzung?

Das ist keine gute Methode. Wir lehnen dies ab und haben dies immer wieder erklärt. Es gibt sehr viele ausländische Journalisten, die dem irakischen Volk verbunden und bei ihm willkommen sind. Wem nützt es, wenn solche Leute verschleppt werden? Kann es nicht sein, daß die Entführungen veranstaltet werden, um den echten Widerstand zu diskreditieren?

F: In den vergangenen Monaten häuften sich Angriffe auf irakische Polizisten und sogenannte Nationalgardisten. Zählen sie alle zum Besatzungsregime? Gibt es für derartige Angriffe Verständnis in der irakischen Bevölkerung?

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Alle Aktionen, die sich nicht eindeutig gegen die Besatzer richten, nützen letztlich diesen. Alles, was sich gegen die Zivilbevölkerung richtet, ist Terrorismus und hat mit dem Widerstand nichts zu tun!

F: Wer zählt zum Widerstand?

Jeder Iraker, der seine Heimat und sein Volk schützt und dafür kämpft. Jeder, der dabei stirbt, ist ein Märtyrer.

F: Die Amerikaner sagen immer wieder, es gäbe auch viele ausländische Terroristen im Irak.

Die US-Armee hatte in Falludscha nach eigenen Angaben mehr als 1 000 »Terroristen« verhaftet. Fragen Sie die Amerikaner, unter den Verhafteten befinden sich nur ein paar Ausländer. Sie spielen eher eine marginale Rolle im bewaffneten Kampf. Gleichzeitig sollten wir nie vergessen: Die Amerikaner stellen den Großteil bewaffneter Ausländer im Irak!

F: Nichtsdestotrotz, hierzulande ist das Bild vom Widerstand geprägt durch die endlosen Meldungen über Musab Al Sarkawi, Berichten über Entführungen und brutale Enthauptungsvideos. Vielen fällt es angesichts dessen schwer, sich mit dem Kampf gegen das US-Besatzungsregime zu solidarisieren.

Wer ist denn diese Person, die den Amerikanern angeblich solche Schwierigkeiten bereitet? Es muß ein Übermensch sein. Er läuft auf einem Bein und entkommt ihnen doch immer wieder! Oder ist er ein Engel, ein Teufel, ein neuer fiktiver Superman? Bei vielen Irakern herrschen Zweifel, ob Al Sarkawi wirklich existiert. Den Amerikanern wiederum verhilft diese Personalisierung zur Rechtfertigung und Fortsetzung ihrer Aggression.

Die irakischen Widerstandsgruppen aber agieren immer in dem Gebiet, aus dem sie auch kommen. Sie verteidigen sich, ihre Familien und ihr Land.

Das wissen letztlich auch die Besatzer. Und doch geben sie immer wieder die Parole aus, wer gegen die Amerikaner ist, der ist für Saddam. Doch man muß weder für Saddam noch für die Amerikaner sein. Es gibt eine Alternative, eine dritte Haltung: das Eintreten für den Irak als Land und Nation, das Eintreten für die irakische Bevölkerung. Im INFC engagieren wir uns für unser Land und für unsere Leute. Viele von uns standen unter Beobachtung von Saddam. Aber deswegen sind wir doch heute nicht für die Amerikaner. Meine Nichte kam unter Saddam Hussein ins Gefängnis und wurde gefoltert – zu der Zeit wurde er von den USA unterstützt.

F: Kann eine starke zivile Protestbewegung die Besatzungsmacht nicht ebenso herausfordern? Stellen wir uns vor, eine Million Iraker würde die mächtige US-Botschaft in der »grünen Zone« im Zentrum Bagdads belagern, über Tage und Wochen.

Im Prinzip gibt es natürlich verschiedene Möglichkeiten. Der bewaffnete Widerstand ist im Irak gegenwärtig aber einfach effektiver. Die Masse der irakischen Bevölkerung muß ums tägliche Überleben kämpfen. Es gibt selten Strom, kaum sauberes Wasser. Selbst für Benzin muß man stundenlang anstehen – in einem Land mit gigantischen Erdölreserven! Die Infrastruktur des Landes wurde durch Kriege und jahrelange Sanktionen zerstört. Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Zwei Jahre nach Beginn der US-Invasion sterben im Irak Tausende an eigentlich einfach heilbaren Krankheiten, weil es an Medikamenten und vernünftig ausgestatteten Hospitälern mangelt. Der Irak ist zu einer großen Ruine geworden.

F: Ist schon absehbar, bis wann die US-Truppen abziehen?

Die Amerikaner sind erschöpft. Immer mehr Verbündete kehren ihnen den Rücken und verlegen ihre Truppen zurück in ihre Länder. In Washington ist man bemüht, eine Möglichkeit zu finden, mehr und mehr US-Soldaten abzuziehen und gleichzeitig das Land weiter zu kontrollieren. Die Iraker wollen den Abzug aller Amerikaner. Sie dürfen nicht erhobenen Hauptes abrücken, mit einem Erfolgslächeln im Gesicht. Krieg und Besatzung sind keine Erfolgsstory. Das müssen auch die Amerikaner begreifen. Selbst die Kräfte, die an den Wahlen Ende Januar teilgenommen haben, fordern letztlich den Abzug der Truppen. Die USA müssen endlich einen Zeitplan dafür vorlegen.

F: Zumindest die kurdischen Clanführer sowie die im Zuge des US-Krieges in den Irak zurückgekehrten Exiliraker – Stichwort Achmed Chalabi – dürften einem Abzug der US-Truppen nicht unbedingt zustimmen.

Wenn die Amerikaner unser Land verlassen, dürften auch die führenden Kollaborateure gehen. Sie haben keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung. Niemand wird ihnen eine Träne hinterherweinen.

F: Wie wichtig ist die internationale Solidarität für den irakischen Kampf gegen die Besatzung?

Die internationale Zusammenarbeit ist von enormer Bedeutung. Für die Iraker ist es wichtig, daß es in aller Welt Menschen gibt, die um ihre Situation wissen. Meldungen über Proteste oder eine Konferenz wie die in Berlin am vergangenen Wochenende machen uns Mut. Wir wissen, daß wir nicht allein sind. Wir brauchen in diesen dunklen Zeiten alle nur erdenklichen Formen der Unterstützung. Am allerwichtigsten ist allerdings, die Bevölkerung im jeweils eigenen Land über die Kriegslügen und Besatzungsverbrechen aufzuklären. Damit ist uns am meisten geholfen.

* Der »Irakische Nationale Gründungskongreß« (INFC) hat sich seit seiner offiziellen Gründung vor einem Jahr als eine Dachorganisation für den politischen Widerstand gegen die Besatzung etabliert. Im INFC sind religiöse Organisationen aller Konfessionen vertreten ebenso wie säkulare, nationale und linke Gruppierungen. Im INFC engagieren sich Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Universitätsprofessoren, führende Persönlichkeiten aus den verschiedenen Städten des Landes, insbesondere auch aus Falludscha und anderen Orten mit starken Widerstandsgruppen.

Im Gründungsdokument des INFC sprechen sie sich strikt gegen jegliche Unterstützung von Institutionen aus, die von der Besatzungsmacht geschaffen wurden. Statt dessen sollen eigene politische Strukturen aufgebaut werden, um den Irak zu befreien – mit allen legitimen Mitteln. Zur Mitarbeit eingeladen sind alle, die gegen Besatzung sind und die weder mit der Besatzungsmacht zusammenarbeiten noch in Verbrechen des vorigen Regimes verwickelt waren.

arbeiterMacht, www.arbeitermacht.de, Infomail 203, 18. März 2005

Berliner Irak-Konferenz. Erfolg trotz Provokation

<http://www.arbeitermacht.de/infomail/203/irakkonferenz.htm>

Eine der wichtigsten Methoden imperialistischer Aufstandsbekämpfung ist bekanntlich die psychologische Kriegsführung. Sie reicht von Desinformation über Provokation bis zum terroristischen Anschlag und dient dazu, die Legitimität von Widerstand zu unterminieren und die Bewegungen zu isolieren. Zweck ist die politische Schwächung des Gegners, um schließlich umso leichter militärisch zuschlagen zu können.

So verwundert es nicht, dass auch gegen die Irak-Konferenz seitens der bürgerlichen Presse eine wüste Hetzkampagne losgetreten wurde. Der Staatsschutz sorgte dafür, dass die Räumlichkeiten für die Konferenz am Vortag (!) gekündigt wurden. Die Anti-Deutschen hetzten, dass auf der Konferenz zu "Selbstmordattentaten" aufgerufen würde.

Joachim Guillard, einer der OrganisatorInnen der Tagung, charakterisierte die Ziele der KonferenzgegnerInnen folgendermaßen:

"Die Gegner dieser Konferenz wollen verhindern, dass die Öffentlichkeit ein realistisches Bild des Widerstandes im Irak gewinnen, dass die US-Propaganda durch authentische Informationen unterlagert werden könnte." (junge welt)

Aber auch die Veranstaltung, die schließlich in den total überfüllten Räumlichkeiten eines türkischen Vereins abgehalten werden, wurde gestört und zu verhindern versucht.

Die Provokationen gingen von VertreterInnen der "Irakischen Kommunistischen Partei" und der "Patriotischen Union Kurdistans" aus, die ein mit anderen Gruppierungen verfasstes Flugblatt verteilten, in dem sie aufforderten, die Konferenz "zu unterbinden". In dem Text wurde u.a. behauptet, die Konferenz ermutige "Terroranschläge und Morde an Unschuldigen". Die Besatzungsmächte kommen in dieser provokativen Stellungnahme bezeichnenderweise nur als die "zivilen Gesellschaften der Welt, die sich den Wiederaufbau des Irak zur Aufgabe gemacht" hätten, vor.

Die Aktionen dieser Propagandisten imperialistischer Besatzungspolitik wurden unterbunden. Ihr Ziel, die Konferenz zu verhindern, ist nicht aufgegangen.

Die Konferenz selbst wurde von einem breiten politischen Spektrum von attac über Friedens- und Antimilitaristische Organisationen, linke Organisationen, Wissenschaftlern und Sprechern aus dem Irak getragen.

Diskutiert wurde über die völkerrechtliche Situation im Irak, den internationalen Kontext von Krieg und Besatzung und die verschiedenen imperialistischen Interessen in der Region.

Es wurde über die politische Lage vor Ort und die Situation des Widerstandes diskutiert. Im übrigen distanzierte sich dort die Konferenz klar - und allen Verleumdungen zum Trotz - von Selbstmordanschlägen und Anschlägen gegen die Zivilbevölkerung.

Es wurde diskutiert, wie wir den imperialistischen Interessen Deutschlands in der Region begegnen können und wie wir hier eine Bewegung gegen Krieg, Rassismus und die Hetze gegen den "Islamismus" aufbauen können.

Alles in allem war es eine erfolgreiche und wichtige Konferenz mit guten Diskussionen, die unbedingt weiter verfolgt werden müssen. Es wurde aufgerufen, auch die Ostermärsche zum bundesweiten Protest gegen die Besatzung zu nutzen.

Der einzige größere Mangel der Konferenz war, dass wenig konkret auf die Bedingungen des sozialen Widerstandes und die Arbeiterbewegung eingegangen wurde, obwohl im Reader zur Konferenz ein sehr lesenswerter Bericht von Hassan Juma'an Awad, Generalsekretär der Ölarbeiter in Basra, über die dortigen Streiks und den Kampf gegen die US-Konzerne veröffentlicht war. Dieser macht dort noch einmal deutlich, dass der bewaffnete Widerstand erst dann erfolgreich gegen die Besatzung und neoliberale Weltordnung wird kämpfen können, wenn er Ausdruck der Arbeiterbewegung und der Unterdrückten im Irak ist.

Die Wahrheit über den irakischen Widerstand zu verbreiten, ist heute eine zentrale Aufgabe in Deutschland und anderen imperialistischen Ländern, um die psychologische Kriegsführung der Herrschenden zu bekämpfen.

- Solidarität mit dem irakischen Widerstand!
- Kampf der imperialistischen Kriegsordnung!

Junge Welt, Thema, 16.03.2005

Befreiungskampf oder Terrorismus? (Vortrag von Völkerrechtsexperte Prof. Dr. Gregor Schirmer auf der Konferenz)

<http://www.jungewelt.de/2005/03-16/003.php>

Widerstand gegen eine fremde Besatzungsmacht ist völkerrechtlich grundsätzlich zulässig. Über die Frage jedoch, welches Recht in einem bewaffneten Befreiungskampf gilt, streiten sich die Gelehrten – und die Staaten

* Im folgenden dokumentieren wir einen Vortrag, den der Völkerrechtsexperte Prof. Dr. Gregor Schirmer am 12. März auf dem Eröffnungspanel der »Internationalen Irak-Konferenz. Besetzung, Widerstand, internationale Solidarität« in Berlin gehalten hat.

Ich will mich hier zu drei Fragen äußern: Erstens: Gibt es ein völkerrechtlich verankertes Recht der Völker zum bewaffneten Kampf gegen fremde Herrschaft und Besetzung? Zweitens: Wenn ja, wer ist das legitime Subjekt dieses Kampfes und welches Recht gilt zwischen den Kämpfenden? Drittens: Wie kann man Befreiungskampf und Terrorismus voneinander unterscheiden? Es geht um die völkerrechtliche Bewertung des bewaffneten Widerstands. Daß ziviler Widerstand ohne Anwendung von Waffengewalt gegen eine, zumal illegale, Besatzungsmacht völkerrechtlich zulässig ist, steht außer Frage.

Prinzip der Selbstbestimmung

Erstens. Der bewaffnete Befreiungskampf gegen eine mit Waffengewalt aufrechterhaltene fremdländische Besetzung ist völkerrechtlich zulässig und legitim. Es wäre naiv anzunehmen, daß sich die Völkerrechtswissenschaft darüber einig ist. Aber es gibt gewichtige Stimmen, die diese Rechtsauffassung vertreten. Ich nenne hier nur den italienischen Völkerrechtler Antonio Cassese, der dieses Recht als eine Regel des Gewohnheitsrechts auffaßt: »Diese Regel bestimmt, daß, wenn Völkern, die ... fremder Besetzung unterliegen ... gewaltsam das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird, solche Völker ... rechtlich befugt sind, zu bewaffneter Gewalt zu greifen, um ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.« 1)

Diese Rechtsauffassung kann sich auf zahlreiche Resolutionen der UN-Generalversammlung stützen. In der Deklaration der Generalversammlung über die Prinzipien des Völkerrechts von 1970 wird festgestellt: »die Unterwerfung von Völkern unter fremdes Joch, fremde Herrschaft und fremde Ausbeutung stellt eine Verletzung [des Prinzips der Selbstbestimmung – G.S.] als auch eine Mißachtung grundlegender Menschenrechte dar; und steht im Widerspruch zur Charta«. 2) Dann heißt es: »Bei ihren Aktionen und ihrem Widerstand gegen solche Gewaltmaßnahmen in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts sind diese Völker berechtigt, ... um Unterstützung nachzusuchen und diese zu erhalten.« Das Wort »bewaffnet« wurde vermieden, weil sonst die einstimmige Annahme der Deklaration nicht erreicht worden wäre. Daß mit »Aktionen« und »Widerstand« auch bewaffneter Kampf erfaßt ist, geht aus dem Zusammenhang hervor.

In der Resolution zum Selbstbestimmungsrecht vom gleichen Jahr 3) wird die Legitimität des Kampfes zur Wiedererlangung des Rechts von Völkern auf Selbstbestimmung »durch jegliche, ihnen zur Verfügung stehende Mittel« proklamiert. In der Resolution zum Selbstbestimmungsrecht von 1973 wird dann eindeutig formuliert: Die Generalversammlung »bestätigt die Legitimität des Kampfes der Völker für die Befreiung von kolonialer und Fremdherrschaft und ausländischer Unterjochung mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes«. 4) Die Resolution wurde mit 97 Stimmen der sozialistischen und der Dritte-Welt-Staaten gegen fünf Stimmen bei 28 Stimmenthaltungen angenommen. In jeder der einschlägigen Resolutionen zum Selbstbestimmungsrecht der folgenden 17 Jahre bis 1990 wurde die Formel »einschließlich des bewaffneten Kampfes« wiederholt.

Zwischenzeitlich hatte die UN-Generalversammlung 1974 die Aggressionsdefinition verabschiedet. 5) In Artikel 7 dieser Definition wird der bewaffnete Befreiungskampf vom Aggressionsverbot ausgenommen. Es wird bestimmt: »Nichts in dieser Definition ... kann in irgendeiner Weise das Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit ... von Völkern, denen dieses Recht gewaltsam entzogen wurde, beeinträchtigen, insbesondere von Völkern unter kolonialen und rassistischen Regimes oder anderen Formen der Fremdherrschaft; noch das Recht dieser Völker, für dieses Ziel zu kämpfen und dafür Unterstützung zu suchen und zu empfangen.« Der Terminus »bewaffnet« wird wiederum aus dem gleichen Grund vermieden. Aber gerade dieser bewaffnete Kampf ist eingeschlossen. Das geht allein daraus hervor, daß es sich um einen Kampf handelt, der nicht unter das Verbot der Anwendung von Waffengewalt fällt. Die Ausnahme von verbotener Waffengewalt kann logischerweise nur zulässige Waffengewalt sein.

Aus meiner Sicht ist durch die genannten und weitere Resolutionen sowie die entsprechende Staatenpraxis Völkergewohnheitsrecht entstanden. Das wird mit Berufung darauf bestritten, daß westliche und direkt betroffene Staaten denjenigen Resolutionen, in denen bewaffnete Gewalt ausdrücklich sanktioniert wird, nicht zugestimmt haben. Es ist jedoch zumindest ein starkes Argument für die Existenz von Völkergewohnheitsrecht,

wenn über Jahrzehnte der bewaffnete Befreiungskampf von der überwältigenden Mehrheit der UN-Mitglieder als legitim betrachtet wird.

Nach dem Epochenenschnitt von 1990 fällt die Bereitschaft der Generalversammlung zur Legitimierung des bewaffneten Befreiungskampfes merklich zurück. Das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht und zu dessen Durchsetzung wird zwar bekräftigt, aber von »bewaffnetem Kampf« als legitimem Mittel ist in den einschlägigen Resolutionen nicht mehr die Rede. Bis 1994 behilft man sich mit dem Rückgriff auf die Formel von der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts »durch alle verfügbaren Mittel«. Ab 1995 verschwindet das Recht auf bewaffneten Befreiungskampf aus dem Repertoire der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung.

Ist mit diesem beredten Schweigen die Legitimität von Befreiungskriegen etwa »erloschen«? Das bestreite ich. Ein einmal entstandenes Völkergewohnheitsrecht kann nicht einfach durch dessen opportunistisches Verschweigen außer Kraft gesetzt werden. Dazu bedürfte es der Schaffung entgegengesetzten Gewohnheitsrechts. So weit ist es aber (noch) nicht.

Für die juristische Begründung der Rechtmäßigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes sind zwei Wege möglich. Der eine Weg ist die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der bewaffnete Befreiungskampf zur Durchsetzung dieses Rechts wird als dritte, eigenständige Ausnahme vom Gewaltverbot erfaßt, neben dem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta und militärischen Sanktionsmaßnahmen des UN-Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Charta. Der andere Weg führt über das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der Charta, welches jedem Staat das Recht gibt, »im Falle eines bewaffneten Angriffs« mit bewaffneter Gewalt zurückzuschlagen. Diese Rechtsauffassung geht davon aus, daß die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes durch fremdländische militärische Besetzung und gewaltsame Herrschaft eine fortdauernde Aggression darstellt, die ein schwerer Völkerrechtsbruch ist und gegen die das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegeben ist. Beide Wege sind nach meiner Meinung geeignet, das Recht der Völker zum bewaffneten Befreiungskampf zu begründen.

Gewaltfreie Lösungen im Kampf der Völker um Selbstbestimmung sind allemal besser. Wenn aber fremdländische Besetzung mit militärischer Gewalt aufrechterhalten wird, dann ist es das Recht des betreffenden Volkes, sein Selbstbestimmungsrecht auch mit Waffengewalt durchzusetzen.

Das Gesagte gilt selbstverständlich auch für das Volk im Irak. Das Recht dieses Volkes kann zudem damit begründet werden, daß der Aggressionskrieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak nicht beendet ist, sondern fort dauert, das Selbstverteidigungsrecht des Irak also fortbesteht und auf das Volk übergegangen ist.

Aber steht dem Recht auf bewaffneten Widerstand nicht entgegen, daß die provisorische Regierung des Irak der Besetzung des Landes zugestimmt hat? Ist damit nicht die ursprüngliche Völkerrechtswidrigkeit der Besetzung »geheilt«, zumal der UN-Sicherheitsrat den Aggressionskrieg zwar nicht autorisiert, aber das Besatzungsregime durch nachfolgende Resolutionen akzeptiert oder toleriert hat und inzwischen Wahlen stattgefunden haben? Mit den Resolutionen 1483 und 1546 wurde der Status des Irak als illegal besetztes Land jedoch nicht verändert. Der Sicherheitsrat hat nicht die Befugnis, Unrecht in Recht umzuwandeln, eine illegale Besetzung zu legitimieren. Die Wahlen haben aus meiner Sicht nichts an diesem Status geändert. Der Irak bleibt auch danach ein illegal besetztes Land, das seine Souveränitätsrechte nicht voll wahrnehmen kann, weil die einheimischen Behörden dem Willen der Besatzer unterliegen. Diese sind weiterhin die eigentlichen Machthaber im Lande. Die nachträgliche Zustimmung einer von der Besatzungsmacht abhängigen Regierung zu einer im Wege einer völkerrechtswidrigen Aggression erreichten fremdländischen Besetzung kann das Recht des Volkes auf bewaffneten Widerstand gegen die Besatzer nicht beenden.

Einhaltung des Kriegsrechts

Zweitens. Das Subjekt des bewaffneten Befreiungskampfes ist das jeweilige Volk. In den Resolutionen der Generalversammlung wird der bewaffnete Kampf der Völker für legitim erklärt. Die Kategorie »Volk« als Träger von Rechten ist in concreto schwer handhabbar. Wer vertritt das Volk? Wer ist berechtigt, im Namen des Volkes einen bewaffneten Befreiungskampf zu führen?

In den Zeiten der Dekolonisierung war diese Frage relativ leicht zu beantworten. Es gab eindeutig identifizierte, organisierte und international anerkannte Befreiungsbewegungen. In bezug auf den Irak ist die Lage unübersichtlich und von hier aus schwer zu beurteilen, zumal wir der Desinformation der herrschenden Medien ausgesetzt sind. Es agieren offenbar unabhängig voneinander zivile und bewaffnete Widerstandskräfte. Neben dem legitimen Widerstand gibt es terroristische Gruppen, mit deren Verbrechen der irakische Widerstand nichts zu tun hat. Für die Legitimität des bewaffneten Widerstandes ist zwar nicht erforderlich, daß das Volk durch eine einzige und international anerkannte Bewegung vertreten wird. Aber die gegenwärtige Situation erschwert die Identifizierung einer irakischen Widerstandsbewegung, die im Volk verwurzelt ist und dessen Selbstbestimmungsrecht repräsentiert. Das ändert allerdings nichts am Recht des irakischen Volkes, bewaffneten Widerstand zu leisten.

Welches Recht gilt in einem bewaffneten Befreiungskampf? Aggression ist ein völkerrechtliches Verbrechen. Die daraus resultierende fremde Besetzung eines Landes ist völkerrechtswidrig. Aber die Anwendung von Waffengewalt in einem aus einer solchen Situation entstandenen bewaffneten Konflikt zwischen illegalen Besatzern und legitimen Widerstandskämpfern unterliegt auf beiden Seiten dem humanitären Kriegsrecht, vor allem den Genfer Konventionen von 1949 und dem Protokoll I dazu von 1977. Nach dem Protokoll 6) gehören »auch bewaffnete Konflikte, in denen Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung sowie gegen rassistische Regimes in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen« zu den internationalen bewaffneten Konflikten, in denen das humanitäre Kriegsrecht Anwendung findet. Der wesentliche Inhalt der Genfer Konventionen und des Protokolls ist dem Völkergewohnheitsrecht zuzurechnen.

Die Folge der Geltung des humanitären Kriegsrechts ist, daß Widerstandskämpfer den Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus innehaben und damit den Schutz des humanitären Kriegsrechts genießen. Sie sind keine Terroristen. Voraussetzung ist, daß die bewaffneten Kräfte einer Befreiungsbewegung einer Führung unterstehen, die für die Untergebenen verantwortlich ist, daß ein internes Disziplinarsystem wirksam ist, welches die Einhaltung des humanitären Kriegsrechts gewährleisten kann. Nach Artikel 43 des Protokolls sind Kombattanten »berechtigt, unmittelbar an Feindseligkeiten teilzunehmen«. Aber sie müssen sich dabei an das humanitäre Kriegsrecht halten. Das humanitäre Kriegsrecht ist auch für den bewaffneten Konflikt im Irak verbindlich. Schwere Verstöße gegen das humanitäre Kriegsrecht sind Kriegsverbrechen. Das gilt für beide Seiten, unabhängig davon, daß die Besetzung illegal und der Kampf dagegen legal ist. Was schwere Kriegsverbrechen sind, ist in Artikel 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 in 34 Tatbeständen zusammengefaßt. Die Kriegführung der USA und Großbritanniens und ihr Verhalten als Besatzer beinhalten zahlreiche Kriegsverbrechen, die zu verurteilen sind, ebenso wie Kriegsverbrechen des irakischen Widerstands, die nicht dadurch zu entschuldigen sind, daß dieser Widerstand legitim ist. Durch die Verübung von Kriegsverbrechen verlieren jedoch weder die einzelnen Widerstandskämpfer ihren Status als Kombattanten, noch die bewaffneten Widerstandskräfte insgesamt ihren Status als Teilnehmer an einem internationalen bewaffneten Konflikt, noch verliert ihr Kampf an Legitimität.

Terrorismusdefinition

Drittens. Wie kann man den Befreiungskampf vom Terrorismus auf juristisch einwandfreie Weise unterscheiden? Zuerst ist festzustellen, daß die verbreitete Gleichstellung von Widerstand gegen illegale fremdländische Besetzung und Terrorismus völkerrechtlich unzulässig ist.

Es gibt bislang nur Ansätze einer allgemein anerkannten, völkerrechtlich verbindlichen Definition des internationalen Terrorismus. Das Zustandekommen des seit 1996 in den UN debattierten Entwurfs eines umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus ist bisher gescheitert, weil die Staaten sich nicht über eine Definition verständigen konnten. Der Hauptstreitpunkt war von Anfang an und ist noch heute, den Befreiungskampf eindeutig vom Terrorismus zu unterscheiden und den Staatsterrorismus durch staatliche Streitkräfte von der Definition nicht auszuschließen, sondern mitzuerfassen.

Über wichtige Elemente einer Definition wurde unter den Mitgliedstaaten der UN weitgehend Einigkeit erzielt 7): Erstens. Ein terroristisches Verbrechen ist die gesetzwidrige und absichtliche Tötung oder schwere körperliche Verletzung einer Person sowie die Verursachung schweren materiellen Schadens. Zweitens. Auf die Mittel der Begehung eines solchen Verbrechens kommt es nicht an. Alle denkbaren und möglichen Mittel sind als Mittel des Terrorismus erfaßt. Drittens. Hinzu kommen muß ein bestimmter Zweck des verbrecherischen Handelns, nämlich der Zweck, eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder internationale Organisation zu einem bestimmten Tun oder Unterlassen zu nötigen. Viertens. Einigkeit besteht darüber, daß »solche kriminellen Handlungen ... unter keinen Umständen durch Erwägungen politischer, philosophischer, ideologischer, rassistischer, ethnischer, religiöser oder ähnlicher Natur zu rechtfertigen« sind.

Es bleibt der Dissens über die völkerrechtliche Einordnung der Handlungen bewaffneter Kräfte einer Befreiungsbewegung und der Handlungen der bewaffneten Kräfte eines Staates. In den Verhandlungen im Rahmen der UN gibt es zwei gegensätzliche Vorschläge. Der eine läuft darauf hinaus, daß Streitkräfte von Staaten per definitionem keine Terrorismusverbrechen, sondern höchstens Kriegsverbrechen begehen können. Der andere Vorschlag, unterbreitet von den Mitgliedern der Organisation der Islamischen Konferenz, will Sicherheit erreichen, daß den Kämpfern einer Befreiungsbewegung nicht der Status als Kombattanten im Sinne des humanitären Völkerrechts verweigert wird und sie während eines bewaffneten Konflikts, »einschließlich in Situationen fremder Besetzung«, dem humanitären Völkerrecht und nicht dem Antiterrorismus-Übereinkommen unterliegen.

Vielleicht wird auf der 60. (Jubiläums-)Tagung der UN im Herbst ein Kompromiß über eine Definition erreicht. Der sollte jedoch nicht auf Kosten der Legitimität jetziger und zukünftiger Befreiungsbewegungen gehen und darf Staatsterrorismus nicht ausschließen. Ein entscheidendes Kriterium der Abgrenzung legitimen Widerstands vom Terrorismus besteht darin, daß der Widerstandskämpfer seine bewaffneten Angriffe gegen die bewaffneten Kräfte der Besatzer und deren einheimische bewaffnete Handlanger richtet, aber nicht gegen Zivilisten, seien es

Iraker oder Ausländer. Fest steht: Selbstmordattentate gegen Zivilisten, Geiselnahmen und Hinrichtungen durch Kräfte, die sich als irakischer Widerstand ausgeben oder von anderen so bezeichnet werden, sind keine völkerrechtlich zulässigen Mittel des Widerstands. Sie haben mit legitimem bewaffneten Widerstand nichts zu tun. Sie sind Verbrechen nach Völkerrecht, ebenso wie Mißhandlungen von Kriegsgefangenen, Mord an Zivilisten und Zerstörung ziviler Objekte durch die Besatzer. In der Berichterstattung und Kommentierung der Medien und in den Erklärungen der Politiker werden gewöhnlich alle bewaffneten Aktionen gegen die Besatzer und ihre einheimischen Handlanger ohne Unterschied dem Terrorismus zugerechnet. Dagegen kommt auf der Seite der Besatzer möglicherweise dieses oder jenes vereinzelte Kriegsverbrechen vor, das milde bestraft wird oder auch gar nicht. Aber vor dem Vorwurf des Terrorismus sind sie von vornherein geschützt. Es wird überhaupt nicht geprüft, ob die Besatzer Staatsterrorismus praktizieren. Diese Einäugigkeit ist inakzeptabel.

Terrorismus ist ein Verbrechen, von wem auch immer es begangen wird. Aber eines darf nicht vergessen werden: Die USA und ihre Verbündeten haben mit ihrem Aggressionsverbrechen und der völkerrechtswidrigen Besetzung des Irak eine wesentliche Ursache für abscheuliche terroristische Reaktionen gelegt. Die illegale Besetzung muß beendet werden.

1 Antonio Cassese, *International Law*, Oxford 2001, S. 322

2 A/Res/2625 (XXV) vom 24. 10. 1970

3 A/Res/2649 (XXV) vom 30. 11. 1970

4 A/Res/3070 vom 30. 11. 1973

5 A/Res/3314 (XXIX) vom 14. 12. 1974

6 BGBl. 1990 II S. 1551

7 Vgl. den Entwurf eines Übereinkommens über den Internationalen Terrorismus, GA, *Official Records*, Fifty-seventh Session, Supplement No. 37 (A57/37)

Jungle World, 16.3.2005

Zoff mit Antiimps

Berlin/Wien. Am Ende fand die Irakkonferenz der Unterstützer des so genannten irakischen Widerstands in einem Kreuzberger Hinterhof statt. Nach dem Bericht der Jungle World (10/05) kündigten zuerst das Interreligiöse Zentrum Jerusalem und dann auch die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft den Mietvertrag mit den Organisatoren. Am Samstag kamen dann etwa 200 Friedensbewegte, Antiimperialisten und arabische Nationalisten zu der Konferenz in den Räumen des türkischen Vereins Ikad zusammen. Rund 40 Kurden und irakische Kommunisten protestierten gegen die Versammlung der Terror-Freunde. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen. Die Polizei ermittelt in drei Fällen wegen Körperverletzung.

Zoff gab es auch in Wien. Im Café 7Stern, dem Kulturcafé der KPÖ, sollte ein Vortrag über das Atomprogramm des Iran stattfinden. Das wurde nach Angaben der Veranstalter jedoch durch rund 30 Personen, die u.a. den Gruppen Antiimperialistische Koordination (AIK) und ArbeiterInnenstandpunkt zuzurechnen sind, gewaltsam verhindert. Nachdem eine Frau verletzt worden war, riefen die Veranstalter die Polizei, die KPÖ sagte den Vortrag ab. Die AIK gehörte auch zu den Organisatoren der Irak-Konferenz in Berlin. (ib)

Linksruck-Ausgabe Nr. 195, 16. März 2005

Irak-Konferenz in Berlin: „Die US-Armee muss abziehen“

http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1380.html

Die Internationale Irak-Konferenz in Berlin zeigt, dass die Besatzer die größten Terroristen im Irak sind.

Etwa 250 Teilnehmer kamen am 12. März zur Internationalen Irak-Konferenz nach Berlin, um über die Situation der Menschen im Irak und Perspektiven für die Antikriegsbewegung in Deutschland zu sprechen. Eingeladen war auch Scheich Hadi Al-Khalisi vom Irakischen Nationalen Gründungskongress (INFC). Der INFC ist ein Bündnis von über 60 Widerstandsorganisationen, die alle Religionen und Volksgruppen im Irak umfassen.

Al-Khalisi bedankt sich bei allen, die gegen den US-Krieg im Irak protestiert haben: „Die Menschen im Irak wissen, dass auch im Ausland Menschen auf ihrer Seite stehen.“

Er erklärt, warum die Iraker gegen die Besatzung kämpfen: „Wir leiden heute unter denselben Verbrechen wie unter dem Ex-Diktator – diesmal begangen von den US-Besatzern.“

Vor 4 Tagen ist die Frau eines islamischen Gelehrten gestorben, der vom alten Regime ermordet worden war. Als die Trauernden von ihrer Bestattung zurückkehrten, wurden sie von US-Soldaten empfangen und mit Maschinengewehrsalven beschossen. Ein achtjähriger Junge verblutete in den Armen seines hilflosen Vaters.

Solche Morde verüben die Besatzer täglich. Mit Granaten, Panzern und Bomben aus B 52-Bombern haben die Besatzungsarmeen 120.000 unbewaffnete Zivilisten ermordet.

Die Besatzer plündern die natürlichen Schätze. Selbst die Apparate, die messen, wie viel Erdöl gefördert und exportiert wird, haben sie abgeschafft.

Die Besatzer müssen aus dem Irak abziehen. Das ist wichtig, nicht nur für die Menschen im Irak, sondern für die ganze arabische und die islamische Welt und die gesamte Menschheit.“

„Keine gewählte irakische Regierung hat das Recht, die US-Truppen nach Hause zu schicken, die 14 im Irak geplanten US-Militärbasen aufzulösen oder die irakische Wirtschaft wieder zu verstaatlichen“, ergänzt Joachim Guillard, einer der Organisatoren der Konferenz.

Awni Al Kalemji ist Sprecher der 1992 in Schweden gegründeten Irakischen Patriotischen Allianz. Er erklärt, warum der irakische Widerstand auch für die Europäer kämpft: „Die Strategie der US-Regierung, ihre wirtschaftlichen Interessen weltweit durchzusetzen, richtet sich auch gegen Europa.“

Die US-Regierung sieht die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA bedroht. Wirtschaftlich hinken die USA Europa hinterher. Das Bruttosozialprodukt des vereinigten Europas beträgt 11,8 Billionen Dollar, das BIP der USA 8,2 Billionen Dollar. Doch militärisch kann Europa nicht mithalten.

Deshalb bedroht die US-Armee die ganze Welt mit Kriegen. Aber sie steckt im Irak fest. Die Besatzer haben über 30 Städte und Dörfer im Irak keine Kontrolle mehr. Nach US-Angaben wurden über 3.000 Soldaten getötet, 10.000 verletzt. In den Militärkrankenhäusern werden 15.000 Menschen wegen seelischer Folgeschäden behandelt. Mehr als 5.500 US-Soldaten sind desertiert. Vor kurzem kam US-Präsident Bush ausgerechnet in die Länder des ‚alten Europa‘, weil er jetzt doch ihre Unterstützung braucht.“

Sami Ramadani arbeitet als Universitätslehrer in London. Wie seine Vorredner verurteilt er Anschläge gegen Zivilisten und Entführungen von Journalisten. Ramadani gibt die Schuld den Besatzern: „Die drängende Voraussetzung für Frieden und Demokratie im Irak ist, dass die Besatzung aufhört. Die US-Armee muss abziehen.“

Die Besatzer bemühen sich, die religiösen und ethnischen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Denn ihre Einheit ist die mächtigste Waffe gegen die Besatzung.

Die Iraker sind gegen die Besatzung und gegen Anschläge auf Unschuldige, auf Moscheen und Kirchen. Egal in welchem Namen sie verübt werden: Sie nützen nur der Besatzung.

von Irmgard Wurdack Linksruck Nr. 195, 16. März 2005

Kasten: Kein Raum für den Widerstand

Der deutsche Staat hat versucht, die Irak-Konferenz in Berlin zu verhindern. Kurzfristig kündigte der Kirchenkreis Berlin-Mitte den Mietvertrag, weil Redner zum bewaffneten Kampf im Irak gegen die US-Besatzung aufrufen wollten. Zuvor bekam der Kirchenkreis „Besuch“ von der Polizei und Nachfragen der Berliner Innenbehörde.

Einen Tag vor dem Kongress verweigerte auch die Berliner Fachhochschule für Technik und Wirtschaft ihre Räume mit derselben Begründung. Dort war ersatzweise ein Hörsaal angemietet.

Unterstützung bekamen die Veranstalter von einem türkischen Verein, der mit seinen Räumen aushalf – und aus den USA: „Diejenigen, die die Organisatoren angreifen, nur weil sie den Irakern die Möglichkeit geben, ihre Gründe für den Widerstand darzulegen, decken die wahren Verbrecher: Die Bush-Administration, das Pentagon und all diejenigen, die sie bei ihrem illegalen Angriffskrieg gegen den Irak unterstützt haben, bei einem Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit“, schrieb John Catalinotto von der US-amerikanischen Friedensbewegung.

Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak, 15. März 2005

Recht auf Widerstand verteidigt

[http://www.antiimperialista.com/de/view.shtml?category=2&id=1110912492&keyword=+](http://www.antiimperialista.com/de/view.shtml?category=2&id=1110912492&keyword=)

Internationale Irak-Konferenz war durchschlagender Erfolg

Vom Deutschen Solidaritätskomitee Freier Irak

Die Bemühungen von Spiegel, Jungle World, Staatsschutz sowie der proamerikanischen Koalition Demokratischer Irak, die dazu führten, dass den Organisatoren der Internationalen Irak-Konferenz mehrfach Veranstaltungsräume gekündigt wurden, blieben letztlich erfolglos. Dank des türkischen Vereins IKAD konnte die Internationale Irak-Konferenz wie geplant am 12.3. in Berlin stattfinden und wurde zum durchschlagenden Erfolg. Rund 250 Menschen drängten sich am Morgen in die Vereinsräumlichkeiten von IKAD, um an der Konferenz teilzunehmen, die im vergangenen Jahr vom Deutschen Solidaritätskomitee Freier Irak initiiert wurde. Aufgrund des sehr starken Interesses mussten sich viele mit engen Stehplätzen begnügen – dennoch wurde die neunstündige Konferenz vom Publikum bis zum Schluss konzentriert verfolgt.

Nach einer Schweigeminute für alle Opfer des US-Krieges eröffnete Prof. Gregor Schirmer das erste Panel der Konferenz und erörterte die völkerrechtliche Legitimität des bewaffneten Widerstands im Irak. Der Philosophiehistoriker Prof. Ernst Voit bezeichnete das zwölfjährige UN-Embargo gegen den Irak als Genozid und betonte, dass die Besetzung des Irak für den Versuch der USA stehe, den globalen Süden systematisch zu rekolonisieren. Das erste Panel schloss Claus Schreer, der auf die deutsche Beteiligung am Irak-Krieg einging.

Im zweiten Panel kamen primär Vertreter des irakischen Widerstands zu Wort. Scheich Hadi Al Khalisi, Irakischer Nationaler Gründungskongress, unterstrich, dass sich der Widerstand aus sämtlichen ethnischen und konfessionellen Gruppen zusammensetze. Ein Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten existiere ausschließlich in der Propaganda der USA. Awni al-Kalemji, Irakische Patriotische Allianz, betonte, nur bewaffneter Widerstand könne die USA aus dem Irak vertreiben. „Wir arbeiten daran, den Widerstand immer weiter zu verbessern – von Nord bis Süd, von Ost bis West. Die Abstimmung untereinander wird jeden Tag effektiver, bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir die Besatzer aus dem Lande vertrieben haben.“ In seinem immer wieder durch Applaus unterbrochenen Beitrag wies al-Kalemji mit Nachdruck daraufhin, der irakische Widerstand sei sich dessen bewusst, dass er an der Frontlinie des Kampfes gegen den US-Imperialismus stehe; Der irakische Widerstand agiere im Namen aller kämpfenden Bewegungen weltweit.

Sami Ramadani, Iraqi Democrats Against Occupation, nutzte weite Teile seines Referates, um die Verantwortung des Saddam Hussein-Regimes für die heutige Lage im Irak anzuprangern. Er strafte damit die Behauptung der Konferenzgegner Lügen, dass angeblich Saddam-kritische Töne auf der Konferenz nicht möglich seien. Ramadani bezeichnete das Bath-Regime sogar als "faschistisch". Selbst diese unwissenschaftliche Inflationierung des

Faschismus-Begriffs, die in der gegenwärtigen Lage zudem nur als Rechtfertigung des "Regimewechsels" im Irak verstanden werden kann – was mit Sicherheit nicht in der Absicht des Referenten lag –, wurde auch von jenen, die seiner Position in Gesprächen am Rande entschieden widersprachen, im Saal als eine Meinungsäußerung geduldig hingenommen. Geschlossen wurde das zweite Panel durch den türkischen Journalisten Deniz Bugün, der eine scharfe Analyse über die Auswirkungen der amerikanisch-israelischen Kriegspolitik im

Nahen und Mittleren Osten abliefern."

Im dritten Panel wurde u.a. der Zusammenhang zwischen Krieg und Islamfeindlichkeit diskutiert. Lale Ucan, Muslimische Jugend, führte aus, dass es zwar in Europa schon immer antiislamische Tendenzen gegeben habe, diese jedoch seit dem 11. September eine neue Qualität erreicht hätten. Lale Ucan forderte die Anti-Kriegsbewegung auf, die Islamfeindlichkeit entschlossener zu bekämpfen. Wilhelm Langthaler, Antiimperialistische Koordination, bezeichnete die Islamfeindlichkeit als den neuen Antisemitismus. Im weiteren Verlauf erörterte Langthaler, dass die weltweiten Sozialforen gegenüber dem irakischen Widerstand eine äquidistante Position einnehmen: „Nein zu Krieg und Nein zu Terror.“ Dies führe realpolitisch zu einer Stärkung der USA, die versuche, den Widerstand als „Terror“ zu diffamieren. Es sei Aufgabe der Irak-Solidarität, dieser äquidistanten Position entschieden entgegenzutreten.

Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender Deutscher Freidenkerverband, ging in einem vom Plenum mit Begeisterung aufgenommenen Referat u.a. auf das Phänomen der „Antideutschen“ ein und warnte davor, die Anhänger dieses Spektrums als „verirrte Linke“ zu betrachten. Vielmehr müsse man „Antideutsche“ als das benennen, was sie sind: Eine neue Rechte. Weitere Referenten im dritten Panel waren Marie-Dominique Vernhes, Winfried Wolf sowie Joachim Guilliard, der die Konferenz mitorganisiert hat.

Die Konferenz beschloss einen Aufruf zur Freilassung von Abduljabar al-Kubaysi von der Irakischen Patriotischen Allianz, der im September 2004 von US-Besatzungstruppen entführt wurde.

Aufgrund der vielfältigen Diskussionen wurde die Konferenz erst gegen 20:00 Uhr beendet.

Störversuche von IKP und PUK zu Beginn der Konferenz wurden von der überwältigenden Mehrheit des Plenums akustisch abgestraft und fanden ab der ersten Pause nicht mehr statt. Eine „Gegenkundgebung“ der IKP vor dem Konferenzgebäude beschränkte sich auf etwa 15 Teilnehmer, die ihre Liebe zu den USA bekundeten. Lange vor Konferenzende resignierte die kleine Gruppe und zog wieder ab. „Antideutsche“ Rassisten wiederum machten sich erst gar nicht die Mühe – trotz angemeldeter „Gegenkundgebung“ tauchten die Profaschisten nicht auf.

Auf dem Aktiventreffen am Folgetag wurde die Etablierung einer bundesweiten Irak-Koordinierung beschlossen. Alle anwesenden Organisationen erkannten an, dass die gemeinsame Plattform die Forderung nach dem sofortigen Abzug der US-geführten Besatzungstruppen und die Verteidigung des Rechts auf Widerstand sei. Einzelne Organisationen wie das Deutsche Solidaritätskomitee Freier Irak gehen für sich darüber hinaus und vertreten die explizite Formel „Für den irakischen Widerstand“, suchen jedoch aktiv die Zusammenarbeit und tragen den Konsens innerhalb der Irak-Koordinierung uneingeschränkt mit.

Das Aktiventreffen beschloss weiterhin einen Aufruf zur Beteiligung an dezentralen Irak-Aktionen am 19.3. und verständigte sich darauf, den Intifada-Jahrestag im September 2005 zu nutzen, um die Forderung nach einem sofortigen Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak und Palästina auf die Straße zu tragen und das Recht auf Widerstand zu verteidigen.

Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak

Junge Welt., 15.03.2005

Räume nicht gekündigt

<http://www.jungewelt.de/2005/03-15/014.php>

Inland, Peter Wolter

Verein »Freunde des Hendrik-Kraemer-Hauses« sieht keine Veranlassung, sich von der Irak-Konferenz zu distanzieren

Der Berliner Verein »Freunde des Hendrik-Kraemer-Hauses e.V.« hat indirekt die Entscheidung der zuständigen evangelischen Kirchengemeinde kritisiert, der Internationalen Irak-Konferenz am vergangenen Sonnabend die Räumlichkeiten zu kündigen. Der Verein selbst habe keinen Anlaß gesehen, sich von der Konferenz zu distanzieren, erklärte eine Vereinssprecherin am Montag.

Die Kirchengemeinde hatte den Mietvertrag kurzfristig mit der Begründung gekündigt, ein für diese Konferenz vorgesehener Referent habe den bewaffneten Kampf gegen die US-Besatzer im Irak gutgeheißen. Außerdem seien auf Webseiten einiger der Konferenz-Unterstützer »antizionistische« Aussagen entdeckt worden.

Nach der Kündigung durch die evangelische Kirchengemeinde wurde mit ähnlicher Begründung auch die Zusage für einen Hörsaal in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft zurückgezogen. Die jeweiligen Kündigungen sind nach Informationen der jW auf Interventionen von Staatsschutz und »Antideutschen« zurückzuführen. Die Konferenz fand am Samstag dennoch statt – und zwar im Saal eines türkischen Vereins in Kreuzberg.

Der Verein »Freunde des Hendrik-Kraemer-Hauses« habe selbst nur ein Gastrecht für die Nutzung von Wohn- und Arbeitsräumen, heißt es weiter in der Erklärung. »Ökumenische Kontakte und Themen über die Grenzen von Kirchen, Religionen, Ideologien und Ländern hinaus bilden Tätigkeitsfeld des Vereins. Insofern bestand unsererseits Interesse an der Thematik der Internationalen Irak-Konferenz.« Mehrere Vereinsmitglieder hätten daher auch an der Konferenz teilgenommen.

taz Berlin lokal Nr. 7615 vom 15.3.2005, Seite 24, 124 Zeilen (TAZ-Bericht)

Der Kampf um den Frieden

<http://www.taz.de/pt/2005/03/15/a0247.nf/text.ges,1>

Peter Nowak

Bush-Bashing: Die Berliner Irak-Konferenz machte die momentane Schwäche der Antikriegs-bewegung deutlich: Sie ist zerstritten. Gruppen aus dem pazifistischen Spektrum kamen nicht

Es war voll, es war kontrovers - und es war nicht immer friedlich auf der Internationalen Irakkonferenz, die am Samstag in den Räumen des türkischen Vereins ICAD in Kreuzberg tagte. Insbesondere Gruppen aus dem antiimperialistischen Spektrum der Friedensbewegung hatten das Treffen organisiert - darunter der Deutsche Freidenkerbund und die AG Globalisierung von Attac.

AnhängerInnen und AktivistInnen des pazifistischen Spektrums fehlten jedoch weitestgehend. Dennoch waren rund 150 TeilnehmerInnen zu der bereits im Vorfeld umstrittenen Konferenz gekommen: Die räumliche Enge hinderte schließlich niemanden an heftigen Auseinandersetzungen.

Gleich zu Beginn monierten kurdische TeilnehmerInnen, die ihrer Meinung nach zu einseitige Ausrichtung der Konferenz. Schnell und lustvoll beschimpfte man sich gegenseitig als Saddam-Freunde oder Proamerikaner. Nachdem die KritikerInnen die Konferenz verlassen hatten - offenbar waren sie nur zum Mäkeln gekommen -, gab es auch Raum für differenziertere Stellungnahmen. So erklärte der in London lebende Soziologe und Irakautor der britischen Tageszeitung Guardian, Sami Ramadani, dass er zwar die Meinung der kurdischen Kritiker nicht teile. Er könne sie aber auch nicht pauschal ablehnen: "Erst wenn wir verstehen, was uns das Saddam-Regime angetan hat, können wir uns das Verhalten der Kurden erklären." Ramadani sprach sich ebenso eindeutig gegen die Besatzung wie gegen jede Verharmlosung des Baath-Regimes aus, das er als faschistisch bezeichnete. Dafür bekam er verhaltenen Applaus aus dem Publikum - aber auch Missfallensäußerungen waren nicht zu überhören.

Der Diskussionsblock über die Perspektiven der Antikriegsbewegung brachte schließlich wenig greifbare Ergebnisse - aber viele kontroverse Einschätzungen. So wandte sich der ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf gegen ein reines Bush-Bashing. "Die US-Politik erklärt sich nicht daraus, dass ein Präsident korrupt oder ein Idiot ist", wandte er sich gegen ein vorherrschendes Ressentiment. Der im Vorfeld unter anderem von Spiegel-Online erhobene Vorwurf, auf der Konferenz sollten Gewalt und terroristische Aktionen im Irak unterstützt werden, wurde von verschiedenen ReferentInnen vehement zurückgewiesen.

Gleichzeitig betonten aber mehrere TeilnehmerInnen, dass Widerstand gegen die Besetzungssoldaten legitim sei. Aktionen gegen ZivilistInnen wurden als "hässliche Folge" der Besatzung bezeichnet und entsprechend abgelehnt. Manche TeilnehmerInnen bedauerten, dass es der Konferenz nicht gelungen sei, Menschen über den Kreis der überzeugten BesatzungsgegnerInnen hinaus anzusprechen. Dabei wurde sogar mehrmals der US-Präsident zitiert: "Freie Wahlen unter einer Besatzung sind nicht möglich", hatte Bush erst kürzlich erklärt, bezogen auf die syrische Truppenpräsenz im Libanon. Sein Satz bekam auf der Konferenz viel Zustimmung.

Konkrete Perspektiven für die Antikriegsbewegung konnte die Konferenz nicht liefern. Obwohl es einen Resolutionsentwurf in den Konferenzmaterialien gegeben hat und einige RednerInnen auch auf eine Verabschiedung drängten, wurde letztlich darauf verzichtet. Die Vorbereitungsgruppe sah allein schon das Zustandekommen der Veranstaltung als einen Erfolg. Denn der sei angesichts der "medialen Hetzkampagne, die Medien von Spiegel-Online bis hin zur linken Wochenzeitung Jungle World" veranstaltet hätten, nicht so sicher gewesen. Viel Feind - viel Ehr, galt offenbar auch hier.

Rote Fahne news, 15.03.05

Kein Raum für Solidarität mit dem Kampf um die Befreiung des irakischen Volkes?

http://www.rf-news.de/rfnews/aktuell/International/article_html/News_Item.2005-03-15.1854

Die folgende Protesterklärung verabschiedeten die 45 Teilnehmer der Veranstaltung von SI Esslingen zum Thema "Irak nach der Wahl - Demokratie oder Kolonie?" am 11.3.05:

Kulturzentrum Dieselstraße Esslingen kündigt Raum für eine SI-Veranstaltung mit Awni al-Kalemji, Sprecher der Irakischen Patriotischen Allianz

Am 7.3. kündigte das Kulturzentrum Dieselstraße den seit Wochen zugesagten Raum für die Veranstaltung von SI Esslingen mit dem Titel "Irak nach der Wahl - Demokratie oder Kolonie?" Als Referent war Awni al-Kalemji eingeladen, der 1989 vor den Schergen Saddam Husseins nach Europa floh. 1992 gründete er zusammen mit vielen anderen Kräften - Schiiten, Sunniten, Christen, Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Iraker aller Volksgruppen - die Irakische Patriotische Allianz, deren Sprecher er ist. Die Irakische Patriotische Allianz unterstützt den Widerstand des irakischen Volkes gegen die Besatzung in allen Formen, auch den bewaffneten Widerstand. Und sie macht keine gemeinsame Sache mit dem Quisling-Regime von US-Gnaden.

Als Begründung geben Vorstand und Geschäftsführung des Kulturzentrums an, dass sie "den Aufruf der Irakischen Patriotischen Front zu einem Guerilla-Krieg gegen die amerikanischen Besatzer nicht gutheißen können". (Esslinger Zeitung, 10.3.05)

Aber was ist falsch an einem Befreiungskrieg gegen das brutale Folter- und Besatzerregime? Seit wann ist Widerstand gegen Unterdrückung etwas Verwerfliches?

Die Raumkündigung steht in bundesweitem Zusammenhang

Die Kündigung und ihre Begründung sind in Wirklichkeit Teil einer bundesweiten konzertierten Aktion gegen die Solidarität mit dem irakischen Volk. Denn am gleichen Tag erhielt die Ortsgruppe Nürnberg ebenfalls den Raum für eine Veranstaltung mit Awni al-Kalemji gekündigt. Und drei Tage später ging es der Internationalen Irak-Konferenz in Berlin, getragen von Attac und verschiedenen Friedensorganisationen sowie Organisationen des irakischen Widerstands, genauso.

Der Widerstand gegen ein Besatzerregime ist ureigenstes demokratische Recht und Völkerrecht

Die UN-Resolution 3103 vom 12. Dezember 1973 legt fest: "Völker, die kämpfen, um sich von fremder Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien, haben das Recht, alle Mittel zu benutzen, die ihnen zur Verfügung stehen, eingeschlossen Gewalt. Akte von Bürgern, die für ihre nationale Befreiung kämpfen, können nicht als Akte des internationalen Terrorismus betrachtet werden. Demgegenüber sind solche Akte, die von einem einzelnen Staat gegen ein Volk mit dem Ziel durchgeführt werden, seine nationale Befreiungsbewegung auszulöschen und den Widerstand gegen die Besatzer zu zerbrechen, echte Manifestationen des internationalen Terrorismus in seinem weitesten Sinn."

Solidarität International steht für Völkerfreundschaft und internationale Solidarität

Als internationale Solidaritäts- und Hilfsorganisation unterstützen wir weltweit die gerechten Kämpfe der Menschen und schreiben ihnen nicht vor, welche Formen des Widerstandes sie wählen.

Während die US-Besatzer das Land und seine Städte bombardieren und Land und Leute verseuchen, so dass Millionen Kinder missgebildet auf die Welt kommen, wird jeder Kampf gegen diesen tatsächlichen Terror als "Terrorismus" diffamiert. Gleichzeitig wird der organisierte Kampf gegen die Besatzer bewusst in einen Topf geworfen mit Terroraktionen Einzelner oder Akten von Milizen reaktionärer Kräfte. Das ist eine Diffamierung des Widerstands!

Dagegen heißt es in der Plattform der jetzt ebenfalls durch Raumverbot unterdrückten Internationalen Irak-Konferenz: "Wir Organisatoren und Unterstützer der Konferenz sind uns einig in den Forderungen nach einem raschen und bedingungslosen Abzug der Besatzer und nach Wiedergutmachung der angerichteten Schäden. Wir fordern die Einstellung jeglicher Unterstützung der Invasoren durch die deutsche Regierung. Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Besatzungsherrschaft zu legitimieren ..."

Das ist nur zu aktuell. Die Raumkündigungen sind Unterdrückung und Zensur nicht nur gegen das irakische Volk und seinen Widerstand, sondern auch gegen die demokratischen Rechte aller Bürger und die internationale Solidarität in unserem Land. Gerade die Stadt Esslingen, ebenso wie die ganze BRD mit ihren Millionen ausländischen Bürgern braucht internationale Solidarität und nicht deren Unterdrückung.

SI Esslingen wird sich am 19.3. mit einem Infostand an die Bevölkerung wenden. Es geht darum, den Protest gegen diese Raumkündigungen zu unterstützen und breitet der öffentlichen Diffamierung des Widerstands der irakischen Bevölkerung entgegenzutreten. Internationale Solidarität erfordert heute mehr denn je auch den Kampf der Bevölkerung um die demokratischen Rechte!

SI ist eine der Trägerorganisationen des 12. Internationalen Pfingstjugendtreffens, 13. - 15. 5. 2005. Die Stadt Gelsenkirchen hat diesem internationalen Fest der Freundschaft und Solidarität der Jugend der Welt ebenfalls die schon mündlich zugesagten Plätze bisher versagt. Machen Sie auch diesen Skandal breit bekannt!

Hoch die internationale Solidarität!

Esslingen, den 11. 3. 05

(Einmütig von den 45 Veranstaltungsteilnehmern bei einer Enthaltung verabschiedet)

Absender: Solidarität International, Ortsgruppe Esslingen, C/o Ursula Maier, Breitenstraße 18, 73734 Esslingen

Junge Welt, 14.03.2005

Widerstand ist legitim

<http://www.jungewelt.de/2005/03-14/011.php>

Inland, Peter Wolter

Alle Versuche schlugen fehl, die Internationale Irak-Konferenz in Berlin zu verhindern. Solidarische Diskussion und Schweigeminute für alle Kriegsoffer

Das war ein Schlag ins Kontor für Staatsschutz und »Antideutsche«: Alle Bemühungen, die für Samstag angesetzte Irak-Konferenz in Berlin zu verhindern, waren vergeblich. Nachdem zwei Mietverträge kurzfristig gekündigt worden waren (siehe jW vom 11. und 12. März), hatte der türkische Verein IKAD in Berlin-Kreuzberg seine Räume zur Verfügung gestellt. Gut 250 Gegnerinnen und Gegner des Irak-Krieges nahmen teil, unter den Diskussionsteilnehmern fanden sich US-Amerikaner, Deutsche, Engländer, Iraker, Palästinenser, Syrer – nach grober Schätzung war über ein Dutzend Nationalitäten vertreten. Vor den Türen bildeten sich Menschentrauben, da der Saal nicht alle Interessenten faßte. So mancher gab auf und kehrte um.

Genozidpolitik im Irak

Nach einer Schweigeminute für alle Opfer des Krieges erläuterte Prof. Gregor Schirmer die völkerrechtlichen Aspekte des Widerstandes gegen die US-Besatzer. Nach internationalem Recht, so sein Resümee, ist bewaffneter Widerstand gegen die Besatzungsmacht und ihre einheimischen Helfer völlig legitim. Allerdings schränkte er ein: »Schwere Verstöße gegen das humanitäre Kriegsrecht sind Verbrechen – das gilt für die Besatzer wie für Widerstandskämpfer.« Prof. Ernst Woit (Philosophiehistoriker) stellte den Krieg als »Präzedenzfall für die Rekolonisierung« der Drittwelt-Länder dar. Im Irak sei es letztlich »um die vollständige Wiederherstellung der Weltherrschaft der großen Konzerne« gegangen. »Wir haben es hier mit einer Genozidpolitik zu tun. Das Embargo gegen den Irak in den 90er Jahren hat mehr Opfer gefordert als die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Das war Massenmord.«

In einer zweiten Diskussionsrunde stellten Vertreter des irakischen Widerstandes ihre Positionen zur Diskussion. Scheich Hadi Al Khalisi (Irakischer Nationaler Gründungskongreß) erinnerte daran, daß schon die Briten seit 1914 mit Methoden wie heute die USA versuchten, sich den Irak unter den Nagel zu reißen. Der Widerstand gegen die USA setze sich aus allen Schichten, Religionen und Volksgruppen sowie aus allen politischen Richtungen zusammen. Awni Al-Kalemji (Irakische Patriotische Allianz) unterstrich, nur bewaffneter Widerstand könne die Besatzer aus dem Lande treiben. Sami Ramadani, in London lebender Soziologe, stellte die Beteiligung der USA an den Verbrechen des Saddam-Regime heraus. Das irakische Volk sei gegen jede Art von Terrorismus – ob er nun von den USA oder angeblichen Freiheitskämpfern komme. Allerdings versuchten die Besatzungsmacht und ihre publizistischen Helfer, Widerstand schlechthin als Terrorismus zu diffamieren.

Vorurteile bekämpfen

In einer Schlußrunde ging es u.a. um die Perspektiven der Bewegung gegen Krieg und Rassismus. Die Muslimin Lale Ucan forderte, gegen die zunehmende Islamfeindlichkeit anzugehen. Dies sei nichts anderes, als moderner Antisemitismus, ergänzte Willi Langthaler aus Wien. Klaus Hartmann, Vorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes, forderte, der von den USA ausgehenden antiislamischen Kampagne Widerstand zu leisten und die Muslime in Deutschland zu schützen.

Nichts sei wichtiger, sagte Hartmann, als in der Friedensbewegung »einen klaren Kopf« zu schaffen und Verwirrungen zu beseitigen, die von den »Antideutschen« gezielt geschaffen werden. »Wir müssen das Vorurteil aus den Köpfen treiben, bei den Antideutschen handele es sich um Linke. Objektiv gesehen sind sie eine neue Rechte, eine profaschistische Organisation.«

Bis auf anfängliche Störversuche nationalistischer Kurden verlief die Konferenz ohne Zwischenfälle. Etwa ein Dutzend Angehörige der Irakischen Kommunistischen Partei, die sich an der von den USA eingesetzten provisorischen Regierung des Irak beteiligt, demonstrierte friedlich auf dem Bürgersteig.

Ziel der Veranstaltung war es, aus erster Hand Informationen über die Lage im Irak und über den Widerstand zu gewinnen. »Die Konferenz hat sicherlich dazu beigetragen, der deutschen Friedensbewegung neue Impulse zu geben«, sagte Joachim Guilliard, einer der Organisatoren der Konferenz.

* Siehe auch Interview mit Awni Al-Kalemji

Junge Welt, Interview, 14.03.2005

Am Widerstand gegen die US-Truppen sind alle Bevölkerungsgruppen beteiligt. Ein Gespräch mit Awni Al-Kalemji

<http://www.jungewelt.de/2005/03-14/020.php>

Interview: Gerd Feldkamp

»Nur bewaffneter Kampf wird USA aus Irak vertreiben«

* Awni Al-Kalemji ist Sprecher der 1992 in Schweden gegründeten Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), der panarabische, kommunistische und religiöse Organisationen angehören. Al-Kalemji lebt im Exil in Dänemark.

F: In Deutschland herrscht bei vielen Menschen Unklarheit über den Widerstand der Iraker gegen die US-Besatzung. Vielfach hört man, der Widerstand setze sich aus drei Komponenten zusammen: Fanatische Islamisten, Anhänger des ehemaligen Staatschefs Saddam Hussein und Agenten des Terrornetzwerkes Al Qaida. Stimmt das so?

Dem Widerstand im Irak gehören sunnitische und schiitische Muslime ebenso wie Christen an. Zu ihm gehören Araber und Kurden – kurz: das gesamte irakische Volk leistet Widerstand. Daß auch Leute von Al Qaida dabei sind, ist lediglich eine Erfindung der USA, sie wollen damit nur die Besetzung des Landes legitimieren.

F: Bei imperialistischen Angriffen auf andere Länder standen sehr oft die Kommunisten in der ersten Reihe des Widerstandes. Im Irak hingegen war die Kommunistische Partei (IKP) Mitglied der provisorischen Regierung, die die Besatzungsmacht eingesetzt hatte. Wie werten Sie ein solches Verhalten – kluges Taktieren oder Kollaboration?

Unsere Hoffnung ist, daß wir die IKP an die Seite des Widerstandes bringen können, daß sie mit uns gegen die Besatzer arbeitet. Leider verhalten sich die irakischen Kommunisten im Augenblick ganz anders, sie arbeiten mit den Besatzern zusammen. Wir bedauern das sehr und hoffen, daß sich das ändert.

F: Ist der Widerstand zentral koordiniert, oder gibt es eine Vielzahl einzelner Aktionen, die separat voneinander und ohne Abstimmung verlaufen?

Es gibt sehr viele Widerstandsgruppen – in allen Orten des Irak. Die Bewegung ist zwar erst zwei Jahre alt, aber dennoch ganzheitlich organisiert und geschickt angeleitet. Wir arbeiten daran, das immer weiter zu verbessern – von Nord bis Süd, von Ost bis West. Die Abstimmung untereinander wird jeden Tag effektiver, bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir die Besatzer aus dem Lande vertrieben haben.

F: Sehen Sie die Möglichkeiten, daß die US-Truppen auf friedlichem Wege veranlaßt werden können, den Irak zu verlassen?

Nein, das halte ich für ausgeschlossen. Das geht nur über den bewaffneten Kampf.

F: Am 30. Januar gab es auf Anordnung der Besatzungsmacht Wahlen im Irak. Ist bewaffneter Widerstand nach dieser angeblich demokratischen Wahl eigentlich noch gerechtfertigt?

Die Besetzung unseres Landes verstößt ebenso gegen das Völkerrecht wie der zuvor begonnene Angriffskrieg. Alles, was von der Besatzungsmacht kommt, ist daher ohne jegliche Legitimation – gleich, ob es die Besetzung von Ministerposten, die Zusammensetzung der Regierung oder Wahlen sind.

Ausnahmsweise muß ich US-Präsident George W. Bush recht geben: Er sagte kürzlich, daß Wahlen unter den Bedingungen der Besetzung durch eine fremde Macht ungültig sind. Allerdings bezog sich diese Äußerung nicht auf den Irak, sondern auf seine Forderung, daß syrische Truppen den Libanon verlassen müssen.

Junge Welt, 14.03.2005

Irak-Konferenz und knallharte Recherchen

<http://www.jungewelt.de/2005/03-14/012.php>

Inland

Spiegel online lag voll daneben. Grußbotschaft aus den USA

»Amerika-Hasser in Raumnot« – war ein am Freitag veröffentlichter Beitrag in Spiegel online überschrieben. Weiter hieß es: »Sie halten den bewaffneten Aufstand im Irak für ›antikolonialen Häuserkampf‹ und sammeln Geld für den ›Widerstand‹. Doch die Konferenz, die das Bündnis von linksextremen und antiimperialistischen Gruppen morgen in Berlin abhalten will, wird wohl scheitern: Ein Mietvertrag nach dem anderen wird gekündigt.«

Zumindest eines ist richtig an dieser Spiegel-Story: Es wurden zwei Mietverträge gekündigt. Kurzfristig, in einem Fall mit einer sehr löcherigen, im anderen mit gar keiner Begründung. Auch wenn Spiegel, Jungle World und Staatsschutz sich nach Kräften bemühten, den Kongreß mit Unterstellungen und Verleumdungen zu verhindern – er fand statt. Und zwar mit durchschlagendem Erfolg.

Die »Amerika-Hasser« erhielten sogar ein Grußschreiben aus den USA, von der dortigen Friedensbewegung: »Das International Action Center in den USA sendet den Veranstaltern der Internationalen Irak-Konferenz ›Besetzung, Widerstand, internationale Solidarität‹ am 12. März 2005 in Berlin seine solidarischen Grüße. Diese vollkommen legitime Konferenz ist unter Beschuß geraten von einer kleinen Gruppe regierungsnaher Leute, die versuchen, das Recht des irakischen Volkes zur Verteidigung seines Landes in einem illegalen Krieg und gegen eine illegale Besetzung zu attackieren und herabzuwürdigen.

Die Regierung der USA hat gegen den Irak einen aggressiven Krieg geführt. Sie hat eine Lüge nach der anderen hervorgebracht und immer neue Begründungen erfunden, um die Bombardierung und Besetzung dieses souveränen Staates gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Hierin liegt das Verbrechen. Ohne die Okkupation gäbe es keine Veranlassung zum Widerstand, keinen Grund für Autobomben und Selbstmordattentäter im Irak. Die Verantwortung für die Gefährdung von Hunderttausenden jungen Amerikanern liegt ganz und gar in Washington.

Wir von der amerikanischen Antikriegsbewegung kämpfen dafür, das Abschlachten im Irak zu beenden und die amerikanischen, britischen und italienischen Truppen unverzüglich aus dem Irak abzuziehen. Wir sind ziemlich sicher, daß die Bush-Administration wahrscheinlich weitere Invasionen in andere Länder angeordnet hätte, wenn der irakische Widerstand nicht wäre. Iran, Syrien, Nordkorea, Kuba – sie alle stehen auf der Liste. Der irakische Widerstand hat das Leben anderer Menschen rund um den Globus gerettet, auch das junger Amerikaner.

John Catalinotto, International Action Center«

(jW)

Brief an die Junge Welt, 14.3.2005

Liebe Menschen von der jungen Welt,

Im Vorfeld der Internationalen Irakkonferenz vom letzten Wochenende sind in der jW vom 11. und 12./13.03.05 Meldungen erschienen, die das Missverständnis nahe legen, der Verein Freunde des Hendrik-Kraemer-Hauses e.V. habe die ursprünglich vorgesehenen Tagungsräume in der Jerusalemkirche gekündigt. Der Verein genießt selbst nur Gastrecht als Mieter von Wohn- und Arbeitsräumen in diesem Gebäude.

Unsere nach dem niederländischen Philologen und Pionier der ökumenischen Bewegung, Hendrik Kraemer, benannte Einrichtung verfügt heute nicht mehr über ein eigenes Gebäude, führt aber den Namen "Haus" aus Gründen des Rechtes und der Tradition weiter in ihrem Namen. Ökumenische Kontakte und Themen über die Grenzen von Kirchen, Religionen, Ideologien und Ländern hinaus bilden das Tätigkeitsfeld des Vereins.

Insofern bestand unsererseits Interesse an der Thematik der Internationalen Irakkonferenz und es gab Kontakte mit den Veranstaltern im Vorfeld. Wir haben keinen Anlass, uns von der Konferenz zu distanzieren. Allerdings ist es nicht unsere Sache, Verträge über die Anmietung von Tagungsräumen in der Jerusalemkirche zu schließen oder zu lösen.

(Wir waren auch mit mehreren Leuten bei der Konferenz.)

Mit freundlichem Gruß, S. W. (treue Abonnentin der jW und Mitglied im Vorstand des o.g. Vereins).

rbi - aktuell.de, Unabhängige Online-Zeitung, 14.3.2005

„Widerstand ist legitim“ - Internationale Irak-Konferenz konnte stattfinden

<http://www.rbi-aktuell.de/Politik/14032005-07/14032005-07.html>

Von Charly Kneffel

Die gute Nachricht ist wohl zunächst die, daß die Internationale Irak-Konferenz in Berlin überhaupt stattfinden konnte. Zwar hatte sich für die Konferenz ein recht breites Bündnis an Unterstützern gefunden, doch eine Position, die klar und eindeutig gegen die US-Politik gegenüber dem Irak, insbesondere gegen den Angriffskrieg vom März 2003, hat es in der Nachwend- Bundesrepublik schwer, Gehör zu finden. Obwohl die Tatsachen unbestreitbar sind und immer noch eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die Intervention ablehnt, arbeitet eine hektische US-Lobby daran, alle Artikulationen des Widerstands unmöglich zu machen oder zumindest als „islamistisch“, „antisemitisch“ oder sonstwas zu diffamieren.

Beinahe hätten sie damit auch gegenüber der Irak-Konferenz, die von der ATTAC-Arbeitsgruppe „Globalisierung und Widerstand“, dem Freidenkerverband, Linksruck, der DKP-Berlin, der KPD, der Achse des Friedens, dem Antiimperialistischen Koordinations-Komitee, der Tageszeitung „Junge Welt“ u.a. (siehe: www.irakkonferenz.de) unterstützt wurde, auch Erfolg gehabt. Immerhin zwei Mietverträge waren z.T. kurzfristig gekündigt worden, teilweise ganz ohne Begründung, aber offensichtlich unter starkem Druck des Staatsschutzes und der einschlägigen Verdächtigen. Insbesondere die „Antideutschen“, immer deutlicher als Einpeitscher pro-imperialistischer Politik zu erkennen, hatten kräftig gegen die Konferenz gehetzt. So kam es am Samstagmorgen zu einer kleinen Schnitzeljagd, weil einige der Teilnehmer noch das Hendrik-Kraemer-Haus, andere die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, die zunächst als Veranstaltungsorte angegeben waren, aufsuchten und so gar nicht erst zu den Räumlichkeiten des türkischen Vereins IKAD in Kreuzberg, wo sie schließlich Asyl fand, gelangten.

Dennoch nahmen schließlich knapp 250 Personen an der Veranstaltung teil, wobei eine Reihe von ihnen außen vor bleiben mußten, da das Ausweichquartier nicht alle Interessenten faßte. Es waren aber auch andere gekommen, die offensichtlich die Veranstaltung platzen lassen wollten. Eine aggressive kurdische Gruppe lieferte sich Rangeleien mit Konferenzteilnehmern, die Antideutschen lärmten vor den Räumen. Dennoch konnte die Konferenz stattfinden und auch in den diversen Arbeitsgruppen sinnvolle Diskussionen geführt werden. Konsens dabei war, daß der Widerstand im Irak – auch der militärische Widerstand – grundsätzlich legitim ist und auch vom Völkerrecht gedeckt wird – im Gegensatz zum Angriff der USA und ihrer mehr oder weniger Willigen – dabei aber durchaus nicht alles, was im Irak unter diesem Rubrum firmiert, in seinen Aktivitäten gedeckt ist, wie Prof Woit erklärte. Wichtig sei jedoch in jedem Fall, daß man den Widerstand gegen den Irak als Widerstand gegen die seit einigen Jahren begonnene Rekolonisierung der „Dritten Welt“ begreifen müsse. Trotz der widrigen Umstände kann man die Irak-Konferenz als Erfolg bezeichnen, kein Wunder, daß die bürgerliche Presse (etwa „Berliner Zeitung“ oder „Berliner Morgenpost“) nur über die Rangeleien, die auch zu einigen Anzeigen wegen Körperverletzung führten, berichtete. Es war eben auch zu ärgerlich. (siehe auch www.freeiraq.de)

Berliner Morgenpost 14.3.2005

Körperverletzung auf Irak-Konferenz - Polizei ermittelt

<http://morgenpost.berlin1.de/content/2005/03/14/berlin/741083.html>

Nach Auseinandersetzungen zwischen USA-freundlichen und antiamerikanischen Irakern am Sonnabend in Kreuzberg ermittelt die Berliner Polizei in drei Fällen wegen Körperverletzung. Vertreter beider Gruppen hatten sich während der "Internationalen Irak-Konferenz: Besetzung, Widerstand, Solidarität" erst verbal und dann hautnah auseinandergesetzt. Zuvor hatten einige der 70 Konferenzteilnehmer in den Räumen des türkischen Vereins Ikad an der Skalitzer Straße gegen die USA gehetzt. Auf der Straße demonstrierten zeitgleich etwa 40 Menschen gegen die Konferenz und versuchten, in die Räume zu gelangen. "Es wurde nicht gezielt zu Straftaten aufgerufen", sagt Polizeisprecher Thomas Piotrowski - kein Fall für den Staatsschutz also.

tal

Berliner Zeitung, 14. März, Lokalteil

Handfester Streit um Irak-Krieg

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/berlin/430231.html>

Prügelei bei Konferenz

Bei einer internationalen Irak-Konferenz in Kreuzberg gab es am Sonnabend Prügeleien zwischen Gegnern des von den USA geführten

Irak-Krieges und Befürwortern. Linke Gruppen sowie Friedensgruppen und die "Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg" hatten die Gegner des Krieges an einen Tisch bringen wollen. Doch schon im Vorfeld gab es Querelen um die Veranstaltung. Mehrfach war den Organisatoren der Raum gekündigt worden, sodass die Konferenz schließlich in den Räumen des türkischen Vereins IKAD an der Skalitzer Straße stattfand. Laut Polizei waren Befürworter der USA in die Veranstaltung gelangt und hatten sich dort zu Wort gemeldet, was für Tumulte sorgte. Die Störer wurden von Ordnern herausgedrängt, wobei es zu Handgreiflichkeiten kam, die in drei Körperverletzungs-Anzeigen gipfelten. Vor der Tür hatte sich derweil eine Gruppe Kriegsbefürworter, darunter Exil-Iraker, zu einer unangemeldeten Kundgebung versammelt. Sie wurde von der Polizei aufgelöst. (kop.)

Telepolis magazin, 13.03.2005

Kriegsgegner und ihr Verhältnis zum Terrorismus und bewaffneten Widerstand

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19661/1.html>

Peter Nowak

Die Berliner Irak-Konferenz machte die momentane Schwäche der Antikriegsbewegung deutlich

Am 20. März jährt sich zum zweiten Mal der Angriff der USA auf den Irak, der zum Sturz des Saddam-Regimes führte. Damals gingen in ganz Deutschland Zigtausende auf die Straße. Davon kann in diesem Jahr nicht die Rede sein, da in der Antikriegsbewegung die Differenzen groß sind. Wie hält man es mit dem irakischen Widerstand? Können Islamisten und Anhänger des Saddam-Regimes Verbündete sein?

Eine von verschiedenen Friedensinitiativen, dem Freidenkerverband und der Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg vorbereitete Internationale Irak-Konferenz am Samstag sollte die zerstrittenen Kriegsgegner an einen Tisch bringen. Außerdem sollten Referenten von irakischen Widerstandsgruppen ihre Sicht der Situation darlegen. Doch im Vorfeld sorgte die politische Ausrichtung der Konferenz erst einmal für neuen Streit. Vorgeworfen wurde den Veranstaltern mangelnde Distanz zum bewaffneten Widerstand im Irak. Dann wurden bereits abgeschlossene Mietverträge mit einer ähnlichen Begründung kurzfristig gekündigt. Daraufhin bekam die Konferenz kurzfristig im türkischen Verein ICAD Asyl.

Schon zu Beginn beklagten kurdische Teilnehmer die ihrer Meinung nach zu einseitige Ausrichtung der Konferenz. Schnell beschimpfte man sich gegenseitig sich als Saddam- oder Amerika-Freunde. Nachdem die Kritiker den Raum verlassen hatten, gab es aber auch Raum für differenziertere Stellungnahmen. So erklärte der in London lebende Soziologe und Irak-Autor des Guardian Sami Ramadani, er teile die Meinung der kurdischen Kritiker nicht, könne sie aber nicht rundheraus verurteilen: "Erst wenn wir verstehen, was uns das Saddam-Regime angetan hat, können wir uns das Verhalten der Kurden erklären." Ramadani sprach sich ebenso eindeutig gegen die Besatzung wie gegen jede Verharmlosung des Baath-Regimes aus, das er als faschistisch kennzeichnete. Dafür bekam er verhaltenen Applaus aus dem Publikum, aber auch die Missfallensäußerungen waren nicht zu überhören.

Auch im Diskussionsblock über die Perspektiven der Antikriegsbewegung gab es durchaus unterschiedliche Einschätzungen. So wandte sich der ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf gegen ein reines Bush-Bashing. "Die US-Politik erklärt sich nicht daraus, dass ein Präsident korrupt oder ein Idiot ist", wandte er sich gegen manches Ressentiment. Er betonte, dass Kriege aus kapitalistischen Interessen geführt werden. Wolf wies darauf hin, dass auch die EU und Deutschland ihre Interessen ebenso kriegerisch durchsetzen würden wie die USA.

Den im Vorfeld erhobenen Vorwurf, man unterstütze den Terrorismus, wiesen die meisten Redner auf der Konferenz vehement zurück. Gleichzeitig wurde häufig betont, dass Widerstand gegen die Besatzung legitim sei. Aktionen gegen Zivilisten wurden als hässliche Folge der Besatzung bezeichnet. Manche Redner äußerten auch unspezifische Vermutungen über angebliche geheimdienstliche Steuerungen von Terroraktionen.

Insgesamt diente die Konferenz mehr zur Bestätigung der überzeugten Besatzungsgegner als zur Erweiterung der Antikriegsbewegung. Wer sich erhoffte, über die aktuellen politischen Kräfteverhältnisse im Irak mehr zu erfahren, wurde ebenso enttäuscht wie jemand, der eine Diskussion über neue Strategien der Antikriegsbewegung erwartet hatte. So wurde der irakische Widerstand von mehreren Rednern als Hoffnung nicht nur für den Irak, sondern gleich für die ganze Welt beschworen, mehrmals auch Che Guevara zitiert, als wäre der Irak das Vietnam unserer Tage. Doch mit Fakten untermauerte politische Einschätzungen waren auf der Konferenz eher die Ausnahme. So wurden auch die politischen Veränderungen im Nahen Osten, wie sie beispielsweise durch die Massenbewegung im Libanon zum Ausdruck kommt, kaum zur Kenntnis genommen.

Von einer neuen Kampagnenfähigkeit der Antikriegsbewegung kann nach der Konferenz kaum die Rede sein. Bei einem eventuellen Angriff auf Syrien oder den Iran dürfte sich wiederholen, was sich schon bei der Mobilisierung gegen den Irakkrieg gezeigt hat. Zunächst würde es wohl große moralische Empörung geben, doch noch bevor der Krieg zu Ende wäre, dürfte die Bewegung bereits zerfallen sein.

AFP and Turkish Press, Published: 12.3.2005

Heated exchanges as German, other critics demand US quit Iraq

<http://www.turkishpress.com/news.asp?id=38541>

by Cyril Julien

BERLIN - Opponents of the US-led invasion of Iraq nearly came to blows in Berlin Saturday with pro-US demonstrators accusing them of supporting "terrorism" and tolerating Saddam Hussein.

About 200 people, mainly German pacifist and left-wing activists, attended an unofficial meeting called to condemn the war against Iraq and demand the withdrawal of American troops.

But the gathering was interrupted by hecklers blaming anti-war demonstrators for supporting the wave of extremist violence in Iraq.

Outside, about 20 people demonstrated against the conference, saying it was indirectly supporting the old Saddam regime.

"We don't hate the Americans and we condemn suicide bombings against civilians, but we believe the resistance (against US forces) is legitimate," said conference organiser Barbara Fuchs, a member of the anti-globalisation movement Attac

"We are not supporters of Saddam Hussein either," Fuchs stressed. "We're glad his regime has ended."

"None of those invited here has any links with Saddam Hussein, they are all his former opponents," said co-organiser Joachim Guilliard.

But one Iraqi interrupted, crying: "By supporting terrorism you have destroyed our country."

But another replied to loud applause: "Before all this, we were all Arabs in Iraq. Now we're Shiites, Sunnis, Kurds ... all because of the occupation."

"We call on the Americans to leave Iraq because they are turning the country into utter chaos," said Sheikh Hadi al-Khalissi of Iraq's National Founding Congress (INFC). "They are destroying Iraq and its oil resources and are trying to change Iraqi culture."

"Germany, France and all other countries hostile to the occupation must help not the Iraqi government but the population, by providing medical supplies and food," he said, stressing that he was opposed to the kidnapping of foreigners in Iraq.

Germany, together with France and Russia, led European opposition to the US-led invasion of Iraq two years ago, on March 20, 2003.

Germany's attitude produced major strains in its relationship with Washington. Last month US President George W. Bush made a special fence-mending trip to Germany, a key NATO ally of Washington, and had conciliatory talks with Chancellor Gerhard Schroeder as part of a European tour.

But the German government still refuses deploy any forces in Iraq.

Sami Ramadani, an Iraqi sociologist exiled to London in 1979, told the conference there were daily acts of resistance to the American presence in Iraq, but only terrorist acts made headlines.

"If somebody kills your father or your brother, it's normal to take up arms," said Ramadani, an opponent of both Saddam and the US presence.

He said the way to get rid of Saddam Hussein's Baath Party regime was not American intervention.

"The US has its own political and strategic agenda to dominate the region, they have only brought instability. Without clear notification of American withdrawal the situation can only get worse.

"Iraqis are not idiots."

Outside the building where the meeting was held about 20 people demonstrated against the conference. The gathering was "indirectly supporting the old regime," said Ali al-Nasraui, spokesman for the Supreme Council for the Islamic Revolution in Iraq (SCIRI), the country's main Shiite party.

"The meeting has the hidden aim of legitimising (Saddam Hussein's) old Baath Party," which was responsible for many of the suicide bombings and causing anarchy.

He said no Iraqi like the idea of the country being occupied. But the US was contributing to providing Iraq with democratic institutions.

"We need time." he said. "When we no longer need the Americans, we'll push them over the border."

03/12/2005 15:52 GMT

Cyril Julien, 12.3.2005

A Berlin, foire d'empoigne autour de "l'occupation américaine en Irak"

Allemagne-Irak-opposition-Saddam,PREV

(REPORTAGE)

BERLIN, 12 mars 2005 (AFP) - Un colloque contre "l'occupation américaine" et "pour un Irak libre", samedi à Berlin, a viré par moments à la foire d'empoigne entre partisans de la résistance armée irakienne et intervenants accusant les organisateurs de soutenir le terrorisme et d'indulgence à l'égard de la dictature de Saddam Hussein.

"Nous ne haïssons pas les Américains, nous condamnons les attentats-suicide contre les civils mais nous estimons que la résistance à l'armée américaine est légitime", affirme Barbara Fuchs, du Groupe de travail Globalisation et Guerre au sein du mouvement altermondialiste Attac, co-organisateur de la conférence.

"Aucune des personnes invitées n'a de lien avec Saddam Hussein, ce sont tous des anciens opposants, assure l'autre organisateur, Joachim Guilliard, du Forum contre la militarisation et la guerre, basé à Heidelberg (sud-ouest de l'Allemagne).

Quelque 200 personnes, en majorité des militants d'extrême gauche et des pacifistes allemands, s'étaient réunies dans les locaux exigus d'une association turque dans le quartier populaire de Kreuzberg.

Mais le public a souvent eu droit à des passes d'armes entre opposants aux Etats-Unis et intervenants accusant ceux-ci de soutenir la vague de violence qui frappe la population irakienne.

"En soutenant le terrorisme vous avez détruit notre pays", lance un Irakien, avant d'être reconduit à la porte. "Est-ce que les premières élections en Allemagne en 1949 étaient illégitimes parce que les Etats-Unis étaient là?", demande un autre Irakien, immédiatement hué. "Avant nous étions tous arabes, maintenant nous sommes chiïtes, sunnites, kurdes... à cause de l'occupation", rétorque un troisième qui recueille une salve d'applaudissements.

"Nous réclamons le départ des Américains d'Irak car ils ont fait du pays un véritable chaos. Ils détruisent l'Irak, ses ressources en pétrole et veulent changer la culture irakienne", affirme Sheikh Hadi al-Khalissi, du Congrès national fondateur de l'Irak (INFC), l'un des deux dirigeants politiques irakiens invités.

Le responsable chiïte, qui vit à Leeds (nord de l'Angleterre) et à Bagdad, affirme représenter plus de 60 partis et organisations irakiennes de différentes tendances.

Pour Sami Ramadani, sociologue irakien exilé à Londres en 1979, qui collabore au quotidien britannique The Guardian, les actes de résistance contre les Etats-Unis sont quotidiens, mais seuls les attentats terroristes retiennent l'attention des médias. "Quand quelqu'un tue votre père ou votre frère, c'est normal de prendre les armes", estime cet opposant à la fois à Saddam et à l'occupation américaine.

"La solution (à la fin du régime baassiste) n'était pas l'intervention américaine", affirme-t-il. "Les Etats-Unis ont leur propre agenda politique et stratégique pour dominer cette région, ils ont apporté l'instabilité", ajoute-t-il. "Sans l'annonce claire d'un retrait américain, la situation ne pourra qu'empirer. Les Irakiens ne sont pas des idiots", estime Sami Ramadani.

A l'extérieur, une vingtaine de personnes protestent contre cette conférence qui "soutient indirectement l'ancien régime", selon Ali al-Nasraoui, porte-parole du Conseil suprême pour la révolution islamique en Irak (SCIRI), le principal parti chiïte du pays. "Cette réunion a pour but caché de légitimer l'ancien parti Baas", responsable d'une grande partie des attentats-suicide pour "faire régner l'anarchie", selon lui.

Aucun Irakien, affirme-t-il, n'est favorable à l'occupation du pays. Mais les Etats-Unis contribuent à donner à l'Irak des institutions démocratiques. "Nous voulons du temps. Quand nous n'auront plus besoin des Américains, nous les pousserons hors des frontières", assure Ali al-Nasraoui.